

Ramon Schack

ZEITALTER DES ZERFALLS

GESPRÄCHE ZU ENTWICKLUNGEN UNSERER EPOCHE

TELEPOLIS

Inhaltsverzeichnis

Titel

Vorwort

"Es ging und geht um geostrategische Interessen"

Karin Leukefeld über die Geschichte Syriens und die beiden Assads

Vom Partner zum Problem

Sebastian Sons, der Saudi-Arabien-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, meint, dass das Land den Nahen Osten nicht mehr stabilisiert

"Ich halte Saudi-Arabien langfristig für noch gefährlicher als den Iran"

Der deutsch-ägyptische Autor und Islamkritiker Hamed Abdel-Samad musste wegen Morddrohungen untertauchen. Ein Gespräch mit ihm über die Gefahr, die von Islamisten ausgeht und wie Deutschland gegenüber Ägypten reagieren sollte

"Im Westen hat man noch immer nichts aus dem 'Arabischen Frühling' gelernt"

Peter Scholl-Latour über den Syrien-Konflikt, die Rolle der Türkei und die Rebellen

"Pakistan und Afghanistan sind schicksalhaft miteinander verbunden"

Ahmed Rashid glaubt, dass die Region eine Chance auf Stabilität hätte, wenn Peking, Teheran und Washington zusammenarbeiten würden

"Wir sollten von einem asymmetrischen dreißigjährigen Krieg ausgehen!"

Der ehemalige CIA-Agent Robert Baer über den gescheiterten Kampf gegen den Terror und warum Europa eine leichte Beute für den Terrorismus sein könnte

Gegenüber Russland wähnt sich der Westen noch immer im Kalten Krieg

Peter Scholl-Latour über das Verhältnis Russland-USA nach dem Asyl für Snowden, die Fehler, die gegenüber Russland begangen wurden, und die Entwicklungen in Ägypten und Syrien

"Europa befindet sich seit mehreren Jahrzehnten in einem unaufhaltsamen Niedergang"

Der belgische Historiker David Engels vergleicht den aktuellen Zustand der EU mitsamt der terroristischen Bedrohung mit dem Untergang der Römischen Republik

"Es geht nur um Männer in dieser Welt ..."

Ein Interview mit Akif Pirinçci, der seinen Auftritt bei Pegida bedauert und vor einem Sex-Krieg warnt

"Pussycats"

Martin van Creveld glaubt, dass der Westen zu verweichlicht ist, um in Zukunft noch Kriege zu gewinnen

Scholl-Latour: "Wir leben in einer Zeit der Massenverblödung"

Zu seinem 90. Geburtstag wirft der Journalist und Islamexperte, der Gott und die Welt kennt, einen Blick auf sein Leben und auch auf die Krise in der Ukraine

Pilgerfahrt durch die Welt des islamischen Mittelalters

Erich Follath über Ibn Battuta, den "König aller Reisenden"

Impressum

Vorwort

"Im Westen hat man jetzt rund 70 Jahre in Frieden gelebt" sagte mir Peter Scholl-Latour eines Abends, als wir zusammen in seiner Wohnung eines unserer vielen Gespräche führten. "Dadurch ist man heute der Meinung, der Frieden sei der Normalzustand. 70 Jahre bin ich auch schon als Journalist tätig und reise ständig an die Brennpunkte der Welt, so dass ich die Auffassung vertrete, oder leider vertreten muss, dass der Frieden nicht der Normalzustand ist, sondern der Krieg - und dass keine Gesellschaft sich einbilden sollte, sie hätte den Frieden für sich und für alle Zeiten gepachtet!"

Über die Gegenwart äußerte er damals: "Wir leben in einer Zeit der Massenverblödung." Eine Aussage, die er in einem Interview mit mir im Auftrag von Telepolis anlässlich seines 90. Geburtstages tätigte – und eine Aussage, die bis heute unzählige Male zitiert wurde und wird.

Es war der 9. März 2014.

Zu Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als Peter Scholl-Latour seinen beruflichen Durchbruch erlebte, hatte er bei seinen Reisen um die Welt (flankiert vom immensen Wissen eines Mannes, der noch in historischen Dimensionen zu denken verstand) erkannt, worauf wir uns zubewegen. Er war Zeuge davon, wie sich die neue

Welt aus den Schatten des Zweiten Weltkrieges abzuzeichnen begann. Er war Zeuge der Dekolonialisierung, des beginnenden Ost-West-Konfliktes, in dem niemand mehr darauf gewettet hatte, dass es noch einmal so etwas wie eine Rückkehr der Religion geben könne oder dürfe.

Die Welt wurde eines Besseren belehrt - und spürt heute die Folgen.

Schon früh, schon nach dem Ende des Kalten Krieges, als die USA als triumphierende verbliebene Supermacht für ewig den Lauf der Erde zu bestimmen schienen, wies Peter Scholl-Latour auf die Gefährdung großer Imperien hin - und auf deren Vergänglichkeit im unerbittlichen Aufstieg und Fall großer Mächte. Den Thesen des amerikanischen Politologen Fukuyama, der damals das Ende der Geschichte verkündete, widersprach er heftig und wies in privaten Gesprächen gerne darauf hin, dass die "Brave New World" von Huxley, jene Karikatur einer hedonistischen Utopie, die denkbar erschien, kurz vor dem Auftauchen Hitlers veröffentlicht wurde.

Leben wir also in einem Zeitalter des Zerfalls, wie es der Titel dieses eBooks suggeriert?

Auf diese Frage wird es sicherlich keine eindeutige Antwort geben. Was auf der einen Seite zerfällt, das blüht auf der anderen Seite wieder auf.

Zerfallen ist aber die Gewissheit, dass wir uns am "Ende der Geschichte" befinden. Der Wandel ist sicher, der Ausgang ungewiss - und das Paradies bleibt eine Utopie: Geschichte kommt nicht einfach an ein "Ende".

"Es ging und geht um geostrategische Interessen"

Karin Leukefeld über die Geschichte Syriens und die beiden Assads

Karin Leukefeld ist eine Journalistin, die den Orient aus eigener Anschauung kennt und auch dann in Länder wie Syrien oder den Irak reist, wenn dort Krieg herrscht. Dabei kommt sie oft zu ganz anderen Ergebnissen als das Gros der Kommentare in deutschen Mainstreammedien, die trotzdem immer wieder auf ihre Vor-Ort-Berichte zurückgreifen.

▶ Frau Leukefeld, beginnen wir unser Gespräch mit einer Frage zur geopolitischen Ausgangslage Syriens im 6. Kriegsjahr. Hat dieser Konflikt, der unzählige Menschenleben forderte und große Zerstörungen anrichtete, das ideologische Fundament, auf dem die regierende Baath-Partei ruht, das Konzept des arabischen Nationalismus säkularer Prägung eher gestärkt oder geschwächt?

Karin Leukefeld: Das sind mehrere Fragen in einer. Einmal die Frage nach dem arabischen Nationalismus, dann die Frage nach dem Säkularismus, dann die Frage nach der Baath-Partei.

Das Konzept des arabischen Nationalismus ist unter den politischen Parteien in Syrien seit den 1950er Jahren - als es unter Gamal Abdul Nasser eine politische Union mit Ägypten gab (1959-1962) -

umstritten. Angesichts der aktuellen massiven und destruktiven arabischen Einmischung in die ursprünglich innersyrischen Angelegenheiten, angesichts der Bewaffnung von Kampfgruppen usw. sehen sich Syrer, die nicht den Kampfgruppen oder der mit diesen verbündeten Auslandsopposition angehören, in ihrer Mehrheit von den arabischen Staaten eher verraten. Am ehesten dürfte man sich noch mit Ägypten verbunden fühlen, das sich um Vermittlung bemüht.

Das Konzept des Säkularismus in Syrien ist nicht allein ein Konzept der Baath-Partei, es ist ein Konzept, das parteiübergreifend von den Syrern seit ihrer Unabhängigkeit 1946 für richtig gefunden und respektiert wird. Das betrifft auch politische Gegner der Baath-Partei, beispielsweise die kurdischen Organisationen im Norden des Landes. Alle religiösen und ethnischen Minderheiten und eine große Zahl der sunnitischen Muslime in Syrien lehnen den politischen Islam ab. Die einzige Partei, die den Säkularismus ablehnt, ist die Muslimbruderschaft - die in Syrien verboten ist - und die aus ihr hervorgegangenen islamistischen Kampfgruppen. Diese Gruppen streben ein islamisches Kalifat in Syrien an.

Dann die Frage nach der Baath-Partei, die den aktuellen Konflikt bisher überlebt hat. Es gibt m.W. innerhalb der Partei starke Widersprüche. Es gibt Reformer, Kritiker hinsichtlich des Umgangs mit dem aktuellen Konflikt. In diese Debatten habe ich keinen Einblick.

Panarabismus

▶ Ist der Panarabismus, der ursprünglich eine Zielsetzung der Baath-Partei war, in der Bevölkerung Syriens noch als wünschenswerte Vision verbreitet?

Karin Leukefeld: Die Idee des Panarabismus ist eine Ideologie, die in den 1950er und 1960er Jahren große Unterstützung hatte. Nicht nur in Syrien. Die Palästinenser, die Ägypter, die Iraker - für sie alle war die Idee des arabischen Nationalismus eine starke Vision.

Das ist lange her. Es gab eine Fülle von Kriegen seither - und es hat sich gezeigt, dass sich die arabischen Staaten (vor allem die Golfstaaten) an das westliche Lager, an die USA, an die NATO anlehnen. Diese Haltung wird in Syrien - egal ob Baath-Partei oder nicht - mehrheitlich abgelehnt. Die Ideologie der Baath-Partei aus den 1950er Jahren, die vor allem die Jugend in den Städten angezogen hatte, ist zwar verblasst, aber die Ideen der Unabhängigkeit, des Säkularismus, der arabischen Solidarität - vor allem mit den Palästinensern - haben in weiten Teilen der Bevölkerung weiterhin Bestand.

Als Beispiel möchte ich auf die Aufnahme von einer halben Million Palästinenser in Syrien seit 1948 hinweisen, die rechtlich den Syrern weitgehend gleichgestellt waren. Auch die Aufnahme von 1,5 Millionen irakischer Kriegsflüchtlinge und von hunderttausenden libanesischen Kriegsflüchtlingen (zuletzt 2006) war für die Syrer

eine Selbstverständlichkeit. Selbst Kriegsflüchtlinge aus dem Sudan waren in Syrien willkommen. Diese praktische Solidarität hat mit der syrischen Zivilisation und Kultur mehr zu tun, als mit der Ideologie einer Partei.

▶ In Ihrem Buch "Syrien zwischen Licht und Schatten" , beschreiben Sie die Herrschaft von Hafiz al-Assad ab 1971 und von dessen Sohn Baschar ab 2000 als eine Art doppelköpfiges Phänomen: einerseits fortschrittlich um alle Teile der Gesellschaft werbend, andererseits hart und autokratisch im Umgang mit ihren Gegnern, gestützt auf Militär und Geheimdienste. Handelt es sich nicht in Wirklichkeit um ein Herrschaftsinstrument der Alawiten, also einer religiösen Minderheit von etwa 12% der Bevölkerung Syriens, zu der auch Assad selbst zählt?

Karin Leukefeld: Zunächst sind Hafez al-Assad und sein Sohn Baschar nicht zu vergleichen. Das habe ich versucht, in meinem Buch deutlich zu machen. Beide sind völlig unterschiedliche Charaktere mit unterschiedlicher Ausbildung und Erfahrung. Zudem stehen beide für völlig unterschiedliche Phasen der syrischen Geschichte.

Was beide gemein haben, ist, dass weder Assad Senior noch der amtierende Präsident Baschar al-Assad sich als Herrscher einer Minderheit verstanden haben. Diese Interpretation, die ja auch eine Stigmatisierung einer bestimmten Gruppe darstellt, bedient eine

Sicht auf Syrien, die der vielschichtigen und komplexen Realität und Geschichte des Landes nicht gerecht wird.

Syrien lebt in und von seiner religiösen und ethnischen Vielfalt. Ob Mehrheit oder Minderheit, alle gehören zu Syrien und zur Kultur des fruchtbaren Halbmondes. Wenn bestimmte Gruppen aktuell eine besondere Rolle spielen, kann und muss das zuerst aus der Geschichte heraus erklärt werden.

Während der Herrschaft des Osmanischen Reiches und in den Jahrhunderten der vorherigen sunnitisch-muslimischen Herrscher zählten die Alawiten - eine Strömung des schiitischen Islam - zu den Unterprivilegierten. Sie durften Schulen und Universitäten nicht besuchen.

Unter dem französischen Mandat wurden die Alawiten - wie übrigens auch die Kurden - instrumentalisiert, um den starken arabischen Nationalismus in Aleppo und Damaskus zu brechen. Die Franzosen teilten Syrien 1922 in fünf Kleinstaaten auf, darunter war ein Staat für die Alawiten. Sie ermöglichten ihnen den Schulbesuch und eine Karriere in der neuen Armee. So wurde Hafez al-Assad, der als erster seines Dorfes die Oberschule in Lattakia und dann die Militärakademie in Aleppo besuchen konnte, ein Offizier.

Mit der Machtübernahme 1973 sah Assad sich mit vielen Erwartungen seitens der Alawiten konfrontiert. Wie die Kurden Salaheddin nach Damaskus folgten und die Turkmenen während

des Osmanischen Reiches sich in Aleppo, Homs und Damaskus niederließen, folgten die Alawiten Assad nach Damaskus. Sie erwarteten und erhielten - wenn auch nicht alle - Arbeitsmöglichkeiten im Regierungsapparat.

Das "Regime", das Hafez al-Assad in den 1970er Jahren nach einer langen Zeit politischer Unruhen und Putschen durchgesetzt hat, war kein Machtinstrument seiner Familie, sondern der Versuch, alle Schichten, alle Gruppen, alle Interessen einzubeziehen: Stämme, Händler, Kleriker, einflussreiche Familien - alle sollten ihre Interessen vertreten können und so zur Stabilisierung Syriens beitragen.

Die Aussage, dass eine Minderheit, die Alawiten, und der "Assad-Clan" Syrien "wie eine Farm" regieren würden - eine häufige Darstellung von Oppositionellen - ist unpolitisch, unhistorisch und soll die syrische Regierung und Baschar al-Assad abwerten. Ja, es gibt Vetternwirtschaft und Korruption - aber nicht nur unter den Alawiten oder der Familie Assad. Von Baschar al-Assad heißt es übrigens, er sei "nicht hungrig", also nicht korrupt. Viele nicht-alawitische Syrer unterstützen ihn, weil er für ein tolerantes, modernes und vor allem für ein säkulares Syrien steht.

Strategische Partnerschaft

▶ "Es geh[e] nicht um Assad - der wird sowieso eines Tages gehen", es gehe darum, das säkulare System zu retten - "für alle

Volksgruppen und Konfessionen". Saudis, Türken und Amerikaner hätten dagegen von Anfang an das Ziel verfolgt, "Assad von Iran zu trennen". Dafür sei man einen Pakt mit den radikal-islamischen Salafisten eingegangen - das behauptete neulich der Präsident der deutsch-syrischen Gesellschaft, Dr. Salem El-Hamid. Teilen Sie diese Einschätzungen im Großen und Ganzen?

Karin Leukefeld: Ja, die Geschehnisse in und um Syrien in den letzten Jahren bestätigen das. Allerdings geht es nicht nur um den Iran. Schon vor dem Krieg, noch zur Zeit von Hafez al-Assad, sollte Syrien - nach dem Willen der USA und deren Verbündeten in der Region (Israel und die Golfstaaten) - seine strategische Partnerschaft mit Iran (seit 1979) aufgeben, auf die Golan-Höhen verzichten und die Unterstützung der Palästinenser einstellen.

Die gleichen Forderungen - erweitert um die Forderung, die Hisbollah nicht mehr zu unterstützen - wurden auch an Baschar al-Assad gestellt. Auch von der EU, die ja - basierend auf dem Barcelona-Abkommen von 1995 - mit Syrien ein EU-Assoziierungsabkommen verhandelt hatte. Es geht nicht um "Freiheit und Demokratie" für die Syrer, die waren seit 2000 auf einem guten Weg dahin, man hätte Syrien gut dabei unterstützen können. Es ging und geht um geostrategische Interessen.

▶ War das Ziel, diese Iran-Syrien-Allianz zu schwächen, der Grund dafür, dass der Konflikt von außen angeheizt wurde, durch

Waffenlieferungen und Desinformationen?

Karin Leukefeld: Ja, das geht aus einem Bericht des US-Militärgeheimdienstes (Defense Intelligence Agency, DIA) aus dem Jahr 2012 hervor. Darin wird beschrieben, dass die Entwicklung in Syrien "eine deutlich konfessionelle Richtung" einschlage. "Salafisten, die Muslimbruderschaft und AQI (Al-Qaida im Irak) sind die wichtigsten Kräfte, die den Aufstand in Syrien vorantreiben", heißt es weiter. "Der Westen, die Golfstaaten und die Türkei unterstützen die Opposition."

Der DIA prognostiziert für die Zukunft, dass das Geschehen sich "in einen Stellvertreterkrieg" entwickeln und dass sich ein "salafistisches Fürstentum im Osten Syriens (Hasaka und Deir Ezzor)" etablieren könnte. Und weiter heißt es: "Das ist genau das, was die Mächte, die die Opposition unterstützen, wollen, um das syrische Regime zu isolieren." Denn Damaskus werde als "strategische Tiefe" der "schiitischen Expansion" (Irak, Iran) betrachtet. Das "salafistische Fürstentum" oder der "Islamische Staat" war also vom Westen, von der Türkei und den Golfstaaten gewollt, um den Iran zu schwächen. Das ist im Übrigen auch das erklärte Interesse Israels.

"Verantwortlich für das Geschehen in Syrien sind nicht nur die saudischen Petro-Dollars, verantwortlich ist auch die westliche Gier danach"

▶ "Mithilfe des enormen Wohlstands, den unsere Petro-Dollars brachten, haben die Saudis ihre sehr fundamentalistische Version des Islam verbreitet, die zuvor innerhalb der islamischen Welt nur den Status einer Art Sekte besaß. Dadurch - durch die Verbreitung der saudischen Form - hat sich die ganze Natur des Islam zum Nachteil verändert, sagte Salman Rushdie einmal in einem Interview. Würden Sie dieser Aussage zustimmen - und welchen Einfluss haben saudisch-wahabitischen Strömungen auf den Verlauf des syrischen Konflikts?

Karin Leukefeld: Salafisten und Wahabiten sind nur die Spitze des Eisbergs. Darunter liegt die Idee des politischen (sunnitischen) Islam und des Krieges um ein Kalifat, des Dschihad. Beides wird sowohl von den Wahabiten und den Salafisten als auch von der Muslimbruderschaft propagiert. Das ist der Nährboden, auf dem Gotteskrieger gedeihen.

Der Wahabismus entstand auf der arabischen Halbinsel im 18. Jahrhundert, die Muslimbruderschaft Ende der 1920iger Jahre in Ägypten. Beide Strömungen beeinflussen heute direkt oder indirekt Regierungen verschiedener Länder. Saudi Arabien, die Emirate, Katar und Kuwait werden von Salafisten und Wahabiten regiert. Katar hat zudem eine enge Partnerschaft mit der Muslimbruderschaft, deren nationale Ableger sie in verschiedenen Ländern fördert und unterstützt. Auch in Syrien und in der Türkei (Regierungspartei AKP und Präsident Tayyip Erdoğan).

Diese Länder (Saudi Arabien, Katar, Türkei) sahen sich als Sieger des "Arabischen Frühlings" und wurden von Europa, den USA und der NATO darin bestärkt. Der Angriff auf das säkulare Syrien war zudem lange geplant. Wir wissen das von Korrespondenzen der US-Botschaft in Damaskus (2004-2007), die von Wikileaks veröffentlicht wurden.

Seit der Unabhängigkeit (1946) gibt es einen Konflikt zwischen dem Säkularismus und dem politischen Islam. In den 1970er Jahren und Anfang der 1980er Jahre wurde der Konflikt bewaffnet ausgetragen und endete 1982 mit dem Massaker von Hama, der Zerstörung der Altstadt und dem Verbot der syrischen Muslimbruderschaft bei Todesstrafe. Das hinterließ eine tiefe Wunde in der syrischen Gesellschaft, die auch eine politische Schwäche war.

Dieses "Trauma von Hama" wurde 2011 von den o.g. Staaten (Saudi Arabien, Katar, Türkei) gnadenlos ausgenutzt und militärisch und medial geschürt. Die ersten Waffenlieferungen, dokumentiert in einer Langzeitstudie von der New York Times, kamen genau aus diesen Ländern. Mit Wissen und Unterstützung der USA, Europas und der NATO.

Die Idee des politischen Islam finden wir heute auch in Europa, auch in Deutschland. Warum? Weil dieses Gedankengut von den reichen Golfstaaten und von der Türkei finanziell und ideell gefördert wird. Europa und Deutschland hofieren die

Golfmonarchien und die Türkei wirtschaftlich und militärisch und ermöglichen ihnen weitreichende Investitionen und Einflussnahme in Deutschland. Verantwortlich für das Geschehen in Syrien sind also nicht nur die saudischen Petro-Dollars, verantwortlich ist auch die westliche Gier danach.

▶ Als einziger arabischer Staat unterstützte Syrien im ersten Golfkrieg, trotz aller ideologischen Schranken, den nichtarabischen Iran, der zudem auch noch von einer schiitisch-theokratischen Führung regiert wurde und sich im Krieg mit dem Baath-Regime von Bagdad befand. Inwieweit erklärt diese damalige Verbundenheit die heutige Nähe zwischen Teheran und Damaskus?

Karin Leukefeld: Syrien ging 1979 eine strategische Partnerschaft mit Iran nach der Islamischen Revolution ein. Der Grund war, dass Syrien von Verbündeten der USA und der NATO umgeben war: Türkei, Israel, Jordanien, Saudi-Arabien und dem Irak, der damals massiv von Großbritannien, Frankreich und den USA aufgerüstet wurde. Syrien befand sich in der Mitte eines politischen Haifischbeckens - und für Hafez al-Assad war das Bündnis seines Landes mit dem Iran (der mit dem Sturz des Schahs aus dem westlichen Bündnis herausgebrochen war) eine Rückversicherung für die syrische Unabhängigkeit, die sonst ja nur von der Sowjetunion unterstützt wurde. Damals wurden zwischen Syrien und dem Iran Abkommen vereinbart, die bis heute Gültigkeit haben und umgesetzt werden. Daher das militärische Engagement des

Iran in Syrien. Hinzu kommt auch die Hisbollah, die als militärischer und politischer Machtfaktor im Libanon sowohl für Damaskus als auch für Teheran wichtig ist.

"Die Realität in Ost-Aleppo stimmte ganz offensichtlich nicht mit dem überein, was westliche Medien über die Stadt berichtet hatten"

▶ Haben Sie eine Erklärung dafür, dass das Schicksal der Stadt Aleppo, welches zum Jahreswechsel 2016/2017 die Medienberichterstattung dominierte, aus den Schlagzeilen nahezu verschwunden ist?

Karin Leukefeld: Westliche Medien und Politiker haben das Geschehen in Aleppo Ende 2016 ja als "Niederlage" beschrieben. Es war die Rede vom "Fall" von Aleppo. In Aleppo aber feierten mehr als eine Million Menschen die Befreiung der Stadt. Zehntausende waren aus dem Osten der Stadt den syrischen Truppen und deren Verbündeten geradezu entgegengeflohen, um sich vor den bewaffneten Gruppen in Sicherheit zu bringen.

Etwa 35.000 Menschen, darunter tausende Kämpfer und mehr als 100 ausländische Offiziere, die den Kämpfern geholfen hatten, wurden nach Idlib evakuiert. Es war also ein verhandeltes Ende der bewaffneten Gruppen in Ost-Aleppo, sie wurden nicht abgeschlachtet. Dann wurden dort jede Menge Waffen, auch aus den USA und Deutschland, gefunden. Munition, Folterkeller, Tote,

Sprengfallen, Minen - die Realität in Ost-Aleppo stimmte ganz offensichtlich nicht mit dem überein, was westliche Medien über die Stadt berichtet hatten. Da schwieg man lieber.

▶ Die Befreiung der Stadt sei ein "positiver Schritt hin zu einer Lösung jenseits von militärischer Gewalt", erklärten Sie Ende des vergangenen Jahres bezüglich des Schicksals von Aleppo, nachdem die Regierungstruppen dort Einzug hielten. Gilt das auch noch heute, einige Monate später?

Der Abzug der Kampfgruppen bedeutet natürlich immer das Ende einer bewaffneten Konfrontation, das kann man aus Sicht der Bevölkerung nur positiv bewerten. Auch die syrische Armee und deren Verbündete haben ihre Präsenz in Aleppo verringert. Ich komme eben von einem längeren Aufenthalt aus Syrien zurück und war im April zwei Mal in Aleppo. Die Menschen kehren in ihre Stadtteile zurück, sehen nach ihren Wohnungen und Geschäften, räumen auf, reparieren.

Ich habe mit Männern gesprochen, die dazu den Sand aus den Sandsäcken des Sakaria-Krankenhauses - das die Kampfgruppen in "Al-Quds-Krankenhaus" umbenannt hatten - nehmen. Sie haben die Sandsäcke aufgeschnitten und reparieren mit dem Sand ihre zerstörten Balkone, Wände, Treppen. Es gibt wieder Wasser, die Stromversorgung wird repariert, vor allem müssen die Menschen keine Angst mehr haben, wenn sie durch die Straßen laufen.

Natürlich ist sehr viel zerstört, viele haben Schreckliches erlebt. Verschiedene Personen, die ich interviewt habe, begannen zu weinen, als ich nach ihren Erlebnissen fragte. Aber Aleppo atmet, die Menschen wollen ihr Leben wieder aufbauen.

Es gibt allerdings immer noch Angriffe mit Raketen und Granaten vom Westen her, aus Raschidien, das von der Nusra-Front, einem al-Qaida-Ableger, kontrolliert wird. Erst vor zwei Wochen kam es dort zu einem schrecklichen Anschlag, bei dem weit mehr als 100 Menschen ermordet wurden. Die meisten Toten waren Kinder!

Ziel des Anschlags waren Vertriebene aus den beiden Ortschaften Kefraya und al-Fouah, die zwei Jahre lang von der Nusra-Front und anderen Islamisten belagert und beschossen worden waren. Diese Menschen wurden im Rahmen eines "Vier-Städte-Abkommens" evakuiert, im Gegenzug wurden Kämpfer aus Zabadani und Madaya (im Umland von Damaskus) nach Idlib gebracht.

Fünf Busse der Vertriebenen aus Kefraya und al-Fouah brannten aus, es war eine Tragödie. Ein Bekennerschreiben der Armee des Islam tauchte auf deren Webseite auf. Darin hieß es, man werde die "Ungläubigen" angreifen, wo immer sich die Gelegenheit böte. Diese "Ungläubigen" sind schiitische Muslime. Das Schreiben wurde später von der Webseite wieder entfernt. Es bleibt also unklar, welche der islamistischen Kampfgruppen diese Menschen getötet hat.

Hier sei die Frage gestattet, warum das Entwicklungshilfeministerium in Berlin und andere europäische Regierungen Hilfe in Milliardenhöhe an eine syrische Opposition in Idlib, im Westen von Aleppo und nördlich von Hama bezahlen, die von der Nusra-Front und anderen islamistischen Gruppen kontrolliert wird.

Die Nusra-Front gilt international als "Terrorgruppe" und wird mit Waffen aus der Türkei versorgt, die von den Golfstaaten bezahlt und aus europäischen Rüstungsfirmen geliefert werden. Wohin geht wohl die "humanitäre Hilfe", die aus Europa über die Türkei nach Idlib geschickt wird? Die Menschen in Aleppo dagegen erhalten keine Hilfe aus Deutschland und Europa. Im Gegenteil, sie sind einem EU-Wirtschaftsembargo unterworfen, weil sie in dem Gebiet leben, das von der syrischen Regierung kontrolliert wird. In Deutschland und Europa wird diese Regierung dämonisiert.

Giftgas

▶ Inwieweit haben die US-Angriffe von Anfang April die Verteidigungsfähigkeit der syrischen Armee massiv eingeschränkt und dem IS genutzt? Die erwähnten Angriffe wurden mit dem Einsatz von Giftgas begründet, das angeblich von der syrischen Armee verwendet worden sein soll. Dieser Tage ließ das französische Außenministerium verlautbaren: Der Sarin-Einsatz Anfang April trägt zweifellos "die Handschrift des Regimes" in

Damaskus. Was halten Sie von solchen Verlautbarungen - und was für eine Strategie steckt Ihrer Meinung nach dahinter?

Karin Leukefeld: Syrien ist ein Entwicklungsland und die syrische Armee war ohnehin schwach und nicht auf einen solchen Krieg, einen Abnutzungskrieg, eingestellt. Die USA und deren Verbündete haben die syrische Armee von Anfang an bekämpft. Zu den ersten Opfern des Krieges gehörten syrische Soldaten, deren Bus im April 2011 bei Tartus angegriffen wurde. Und syrische Soldaten, die bei Jisr as-Shughour im Juni 2011 ermordet wurden.

Die Angriffe erfolgten zunächst indirekt und mit Waffen, die man den bewaffneten Gruppen lieferte. Mit Ausbildung, mit Logistik - von NATO-Schiffen im Mittelmeer, auch von einem deutschen Schiff - wurde der Funkverkehr der syrischen Armee abgehört und an die bewaffneten Gruppen weitergeleitet, bis Russland das mit eigener Technologie stoppte.

Die militärische Unterstützung der USA, der Türkei, des Westens und der Golfstaaten für die bewaffnete Opposition (Freie Syrische Armee) hat den so genannten "Islamischen Staat im Irak und in der Levante" erst stark gemacht, ebenso die Nusra-Front (al-Qaida), die daraus hervorgegangen ist. Ich habe zuvor den DIA-Bericht erwähnt, der im Herbst 2012 feststellte, dass "der Westen, die Türkei und die Golfstaaten" die Islamisten absichtlich stärkten - mit dem Ziel, den Einfluss des Iran in der Region zu brechen. Das sagt

alles.

Der Angriff von Anfang April und die anhaltenden Beschuldigungen, die syrische Armee habe Giftgas eingesetzt, sind Teil dieser Strategie. Natürlich weiß man auch in Washington, dass die syrischen Chemiewaffen ab Ende 2013 unter internationaler Kontrolle registriert, aus dem Lande geschafft und vernichtet wurden. Die USA war mit einem riesigen Spezialschiff im Mittelmeer selber daran beteiligt. Syrien hat keine Chemiewaffen mehr. Und Syrien hat diese auch vor deren Vernichtung nie eingesetzt.

Die Kampfgruppen allerdings verfügen über chemische Kampfstoffe, die aus Libyen über die Türkei nach Syrien geschmuggelt wurden. Es gibt eine Fülle von Berichten darüber. Die syrische Regierung hat den UN-Sicherheitsrat viele Male darüber informiert. Aber die westlichen Politiker halten es aktuell mit dem Motto "Haltet den Dieb", um von der eigenen Verantwortung und den eigenen Plänen in Syrien abzulenken.

Dienlich bei den aktuellen Anschuldigungen gegen die syrische Regierung ist ein israelischer Militär, auf den sich kürzlich sogar der US-Verteidigungsminister James Mattis bezog. Der Israeli will herausgefunden haben, dass Syrien noch drei Tonnen chemische Waffen versteckt habe. Beweise liefert er nicht. Und wegen so einer windigen Aussage soll alles, was zuvor von der UNO - das heißt

vom UN-Sicherheitsrat - mit Brief und Siegel bestätigt worden war, unwahr sein? Sicherlich nicht.

"Zugriff auf die Rohstoffe und die Kontrolle von Transportwegen in der Region"

▶ Weshalb scheint man im Westen eher dazu bereit zu sein, eine Herrschaft des IS oder anderer sunnitischer Extremisten zu tolerieren, als das Baath-Regime, wieso überwiegt die Angst vor dem Einfluss Russlands, besonders aber des Iran in der Region - trotz der bisherigen Erfahrungen? Verstehen Sie noch die strategischen Entwürfe, welche sich dahinter verbergen?

Karin Leukefeld: Es geht um den Zugriff auf die Rohstoffe und die Kontrolle von Transportwegen in der Region. Der Mittlere Osten ist - aus westlicher Sicht - nur ein Schritt auf dem Weg hin nach Zentralasien, wo sich noch mehr Rohstoffe befinden. Baschar al-Assad wäre der beste Freund des Westens und der USA, wenn er ihnen wirtschaftlich und militärisch ungehinderten Zugang gewähren, wenn er Katar eine neue Pipeline durch Syrien bauen lassen, einen von Saudi Arabien unterstützten Salafisten der Islamischen Armee (Mohamed Allousch) zum Verteidigungsminister ernennen, das Verbot der Muslimbruderschaft aufheben, Israel die besetzten Golan-Höhen überlassen und seine strategische Partnerschaft mit Russland, Iran und der Hisbollah sowie die Unterstützung der PLO aufkündigen würde. Kurzum, Baschar al-

Assad müsste nur den *Regime Change* selber vollziehen, dann wäre der Krieg morgen vorbei. Es geht in Syrien um geostrategische Interessen.

Der Einsatz von Religion als Mittel für kriegerische Mobilisierung zur Durchsetzung von Interessen ist alt. Die Idee, den politischen Islam zum Schaden des Gegners zu nutzen, war schon Thema im Ersten Weltkrieg. Der deutsche Archäologe und Geheimdienstmann Max von Oppenheim entwickelte damals eine Strategie, wie die tiefe Gottesgläubigkeit der muslimischen Beduinenstämme militärisch genutzt werden könnte, um die Briten und Franzosen in der Region zu schwächen.

Oppenheim wollte die Muslime zum "Dschihad", zum "Heiligen Krieg", aufstacheln. Festgehalten hat er diese Ideen in einer "Denkschrift betreffend die Revolutionierung der islamischen Gebiete unserer Feinde". Hat damals nicht geklappt, aber islamistische Söldner gehören seit dem Krieg in Afghanistan zu einer festen Strategie der USA, um muslimische oder multireligiöse Staaten, die sich der US-Hegemonie nicht unterordnen wollen, zu destabilisieren. Nachzulesen bei Zbigniew Brzezinski: "Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft" ["The Grand Chessboard"].

▶ Hegen Sie die Hoffnung, dass jenes Syrien, welches in früheren Zeiten unzählige Besucher begeisterte, jenes Syrien als Wiege von

Hochkulturen und ethnoreligiöser Vielfalt, flankiert von der Gastfreundschaft seiner Bewohner, noch nicht verloren ist?

Karin Leukefeld: Hätte man die Syrer ihren inneren Konflikt miteinander lösen lassen, hätte man sie dabei unterstützt, anstatt sie gegeneinander aufzuwiegeln, es wäre nie so weit gekommen. Für die Zerstörung Syriens sind die bewaffneten Gruppen und natürlich auch die Regierung verantwortlich. Aber letztlich sind es die regionalen und internationalen Akteure, die Syrien zum Schauplatz eines Stellvertreterkrieges gemacht haben, mit dem die Syrer selber nichts zu tun haben.

Wenn keine Waffen, keine Kämpfer, keine ausländischen Gelder in das Land flössen, könnten die Syrer miteinander einen Weg finden. Wenn die ausländischen Armeen, die sich völkerrechtswidrig in Syrien aufhalten, abzögen, wenn man aufhören würde, den Präsidenten und die Regierung zu dämonisieren, wenn man die politische Isolation, die Wirtschaftssanktionen, beenden würde, wenn man aufhören würde, die Syrer in ethnische und religiöse Gruppen aufzuteilen und gegeneinander zu bewaffnen - kurz: wenn die destruktive ausländische Einmischung aufhörte, dann wäre Frieden in Syrien in einem Jahr möglich. UNO-Vertreter haben das schon 2013 gesagt.

Dass Frieden in Syrien möglich ist, zeigen die Syrer jeden Tag. Trotz der anhaltenden Waffenlieferungen, der Medienkampagnen, der

völkerrechtswidrigen Angriffe und Beschuldigungen sind die Syrer entschlossen, dem Krieg ein Ende zu bereiten. Sie leben weiterhin miteinander, sie helfen sich. Und - auch wenn man das hier nicht gern hören mag - sie werden dabei vor allem von Russland unterstützt.

Seit Anfang 2016 gibt es mehr als 1400 lokale Waffenstillstände, 82.000 Männer wurden in ein staatliches Amnestieprogramm aufgenommen, drei Millionen Menschen konnten in ihre Heimatorte zurückkehren, mehr als 30.000 Gefangene wurden freigelassen. Und diejenigen, die sich besonders stark in den lokalen Versöhnungskomitees engagieren, sind die Frauen, die ihre Männer oder Söhne in diesem Krieg verloren haben. Auf beiden Seiten. Das ist Syrien, so sind die Syrer. Sie sind auf der Suche nach Frieden mitten im Krieg. Freundlich zu denen, die in guter Absicht kommen. Hart gegenüber denen, die Syrien zerstören wollen.

Vom Partner zum Problem

Sebastian Sons, der Saudi-Arabien-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, meint, dass das Land den Nahen Osten nicht mehr stabilisiert

Sebastian Sons ist Saudi-Arabien-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Poltik und Autor des Buches "Auf Sand gebaut". Ramon Schack hat mit ihm über Krieg, Menschenrechte, Terrorismus, Wahabismus, Salafismus, Öl, die USA und den Nahen Osten gesprochen.



▶ Herr Sons, in Ihrem Buch "Auf Sand gebaut" analysieren Sie die Beziehungen des Westens zu seinem Verbündeten Saudi-Arabien.

Weshalb sind diese Beziehungen Ihrer Meinung nach problematisch?

Sebastian Sons: Saudi-Arabien ist spätestens seit dem sogenannten "Arabischen Frühling" zur wichtigsten arabischen Macht im Nahen und Mittleren Osten aufgestiegen und wird von der Bundesregierung als "Stabilitätsanker" und Partner im Kampf gegen den Terrorismus bezeichnet. Gleichzeitig führt das saudische Königshaus einen desaströsen Krieg im Jemen, bombardiert dort die Zivilbevölkerung und missachtet im eigenen Land die Menschenrechte. Unter dem neuen König ist die Zahl der Exekutionen deutlich angestiegen. Saudi-Arabien ist also ein sehr problematischer Partner, auf den man jedoch - wenngleich zähneknirschend - nicht verzichten kann.

▶ In Ihrem Buch beschreiben Sie unsere engen Beziehungen zu Saudi-Arabien, flankiert von der Aufrüstung dieses labilen Staates und der weltweiten Verbreitung des saudisch-wahhabitischen Islam, dessen Radikalform der Salafismus ist, als eines der Hauptprobleme unserer Außenpolitik. Welche Verbindungen gibt es zwischen Saudi-Arabien und ISIS, und wäre der Aufstieg des Islamischen Staates ohne die Politik der Saudis so möglich gewesen?

Sebastian Sons: Das saudische Königshaus streitet jegliche Verbindung zu ISIS ab. Dies erscheint mir plausibel, denn

sicherheitspolitisch stellt ISIS durchaus eine Gefahr für die saudische Führung dar. Immer wieder kommt es zu Terroranschlägen im eigenen Land, die ISIS zugeschrieben werden. Das gefährdet die innere Stabilität und damit die Legitimation des Königshauses. Nichtsdestotrotz ist nicht ausgeschlossen, dass wohlhabende Privatleute und religiöse Stiftungen weiterhin Dschihadisten in der arabischen Welt (aber auch in Afrika oder Südasien) finanzieren und unterstützen.

▶ Ursula von der Leyen scheint sich dieser Problematik nicht bewusst zu sein. Als die Bundesverteidigungsministerin vor Kurzem nach Riad reiste, war von Ihr keine deutliche Kritik an der Menschenrechtssituation zu vernehmen (oder gar am saudischen Bombenterror gegenüber dem Jemen), obwohl sie regelmäßig russische Bombardements in Syrien kritisiert. Stattdessen wurden Rüstungsgeschäfte eingefädelt. Handelt es sich hier um Doppelmoral, um Strategie - oder schlicht um Dummheit?

Sebastian Sons: Meines Wissens nach haben deutsche Politiker durchaus auf die Menschenrechtsverletzungen bei ihren Besuchen hingewiesen, wobei das Vorgehen der Saudis im Jemen in der Tat kaum diskutiert wird. Ich bin der Meinung, dass die deutsche Bundesregierung viel deutlicher machen müsste, welche Beziehungen man zu Saudi-Arabien unterhalten möchte. Man kann spätestens seit Beginn der Militärintervention im Jemen im März 2015 nicht mehr behaupten, Saudi-Arabien stabilisiere die Region.

Ganz im Gegenteil. Hier muss ein Umdenken stattfinden, das zum einen der Öffentlichkeit klar kommuniziert, zum anderen mit einer kohärenten Strategie untermauert wird.

Saudische Vertreter in Washington verfügen über enormen Einfluss

▶ Ausgerechnet, als sich von der Leyen in Riad aufhielt, berichtete die New York Times, dass Saudi-Arabien den Taliban in Afghanistan großzügige Unterstützung gewährt. In den USA sprechen Kritiker gelegentlich vom Weißen Zelt, wenn sie das Weiße Haus meinen, in Anspielung auf eine angeblich starke saudische Lobby in den USA. Wie sehen Sie das, gibt es diese Lobby?

Sebastian Sons: Die USA sind seit Jahrzehnten wichtigster westlicher Verbündeter Saudi-Arabiens. Auch wenn das Verhältnis in den letzten Jahren deutlich gelitten hat, verfügen saudische Vertreter in Washington über enormen Einfluss - und versuchen diesen (vor allem gegen Iran) zu nutzen.

▶ Der Schriftsteller Salaman Rushdie sagte einmal in einem Interview: "Mithilfe des enormen Wohlstands, den unsere Petro-Dollars brachten, haben die Saudis ihre sehr fundamentalistische Version des Islam verbreitet, die zuvor innerhalb der islamischen Welt nur den Status einer Art Sekte hatte. Dadurch - durch die Verbreitung der saudischen Form - hat sich die ganze Natur des Islam zum Nachteil verändert." Können Sie Salman Rushdie hier

zustimmen?

Sebastian Sons: Der Wahhabismus ist eine erzkonservative Strömung des sunnitischen Islams und gilt in Saudi-Arabien als "Staatsreligion". Ein Bestandteil dieser Glaubensrichtung ist die Ablehnung von Andersgläubigen. Dazu werden auch die Schiiten gezählt. Die Legitimität des saudischen Königshauses basiert auf der engen Allianz mit den Wahhabiten seit Mitte des 18. Jahrhunderts.

Sie brauchen also die Wahhabiten, um sich als respektierte Führer der sunnitischen Welt zu präsentieren. Dafür haben sie in den vergangenen Jahrzehnten Milliardensummen in den Aufbau von wahhabitischen Moscheen, Bildungseinrichtungen und Stiftungen auf der ganzen Welt gesteckt und damit durchaus zur Radikalisierung vieler sunnitischer Muslime beigetragen. Dieses Vorgehen hat auch ISIS oder al-Qaida inspiriert und wird von den meisten Muslimen abgelehnt.

Saudis wollen sich unabhängiger von den USA machen

▶ Der Salafismus ist eine vom saudischen Wahhabismus geprägte Ideologie, die sich weltweit verbreitet. Saudi-Arabien ist ein Staat, mit dem der Westen (unter Führung der USA) eng kooperiert. Der ehemalige CIA-Agent Robert Baer bezeichnet die Beziehung zwischen Washington und Riad als *Sleeping with the Devil*. Teilen Sie diese Einschätzung?

Sebastian Sons: Saudi-Arabien war während des Kalten Kriegs ein enger Verbündeter der USA gegen die Sowjetunion, diente als Bollwerk gegen die "Islamische Revolution" in Iran und lieferte kostengünstiges Öl. Doch mittlerweile ist Saudi-Arabien vom Partner zum Problem geworden. Das hat Barack Obama begriffen und sich eher Iran zugewandt. Dies wird von den Saudis als Verrat wahrgenommen, sodass sie sich nun unabhängiger von den USA machen wollen. Das Ergebnis ist u.a. der verheerende Krieg im Jemen.

Rüstungsexporte einstellen und Erneuerbare Energien ausgebauen

▶ Der erwähnte Robert Baer plädiert in seinen Büchern dafür, dass die USA Saudi-Arabien als Verbündeten fallen lasen, sich stattdessen dem Iran zuwenden sollten. Halten Sie dieses für eine realistische Option?

Sebastian Sons: Nein, ein Entweder-Oder wird die Krisen in der Region nicht lösen. Es kann nur darum gehen, beide Rivalen - Iran und Saudi-Arabien - irgendwann dazu zu bringen, sich zusammenzusetzen, um politische Lösungen im Jemen, in Syrien oder dem Irak zu finden. Ohne eine iranisch-saudische Einigung wird dies nicht gelingen. Sollten sich die USA ausschließlich für eine Seite entscheiden, würde dies eine solche Einigung noch unwahrscheinlicher werden lassen, als sie derzeit eh schon ist.

▶ Welche Rolle sollte der Westen einnehmen, bezüglich des Konflikts zwischen Teheran und Riad?

Sebastian Sons: Was für die USA gilt, gilt allgemein für den Westen: Wir müssen mit beiden Ländern im Gespräch bleiben - ob wir wollen oder nicht. Es gibt hier nicht die Wahl des geringeren Übels, sondern nur den Dialog mit zwei gleichermaßen sehr schwierigen Regimen. Ob wir wollen oder nicht - ohne Saudi-Arabien wird sich kein Konflikt in der Region lösen lassen. Und das gilt genauso für Iran.

▶ Deutschland braucht eine andere Politik gegenüber Saudi-Arabien, fordern Sie in Ihrem Buch. Wie könnte diese Politik aussehen?

Sebastian Sons: Zuerst einmal sollten meiner Meinung nach alle Rüstungsexporte eingestellt werden. Stattdessen sollte die Kooperation im Bildungsbereich oder bei den Erneuerbaren Energien stärker ausgebaut werden. Gleichzeitig sollten deutsche Kulturinstitutionen vermehrt den Kontakt zu saudischen Frauen oder auch schiitischen Aktivisten suchen, Studentenaustausch oder Journalisten-Workshops organisieren - auch wenn das sehr mühsam und schwierig ist. Wichtig ist darüber hinaus aber generell, dass die deutsche Bundesregierung eine Strategie entwickelt, die definiert, in welchen Bereichen wir Saudi-Arabien brauchen, wo es unüberbrückbare Differenzen gibt und

beantwortet, ob und wofür uns die Saudis überhaupt brauchen. Eine solche Strategie fehlt bislang.

"Ich halte Saudi-Arabien langfristig für noch gefährlicher als den Iran"

Der deutsch-ägyptische Autor und Islamkritiker Hamed Abdel-Samad musste wegen Morddrohungen untertauchen. Ein Gespräch mit ihm über die Gefahr, die von Islamisten ausgeht und wie Deutschland gegenüber Ägypten reagieren sollte

▶ Herr Abdel-Samad, der Salafisten-Scheich Assem Abdel-Maged, bekannt für wüste Schmähungen gegen säkulare und christliche Ägypter, hat Ihnen öffentlich mit dem Tod gedroht und rief auf dem Sender Elhafez zu Ihrer Ermordung auf. Welche Rolle spielt Abdel-Maged in Ägypten, wie viel Einfluss hat der erwähnte Fernsehsender?

Hamed Abdel-Samad: Er ist Anführer der militanten Terrorgruppe Al-Dschamaa Al-Islamiya, die für mehrere Terroranschläge in Ägypten verantwortlich war, darunter auch die Ermordung des Präsidenten Sadat Anfang der 80er Jahre. Er wurde mehrfach verurteilt und saß viele Jahre in Haft. Mittlerweile ist er staatstragend, einer der wichtigsten Verbündeten des Präsidenten Mursi und Leiter seiner Unterstützungskampagne. Das ist vermutlich der Grund, warum er sich ermächtigt fühlt, Todesurteile

auszusprechen, ohne juristische Konsequenzen zu fürchten.

▶ Auf Initiative des Innenministers sind Sie Mitglied der Islamkomferenz der Bundesregierung. Was erwarten Sie jetzt von der politischen Führung in Berlin bezüglich der gegen Sie gerichteten Drohungen?

Hamed Abdel-Samad: Das ist bislang eine Angelegenheit des Auswärtigen Amtes. Das Innenministerium ist gefragt, wenn ich wieder in Deutschland bin. Da erwarte ich entsprechende Schutzmaßnahmen. Ich finde die Bundesregierung sollte in Ägypten anders auftreten als bislang. Zurückhaltung ist nicht mehr angebracht. Ich erwarte mehr Druck auf Kairo, damit die ägyptische Regierung sich nicht nur von diesem Mordaufruf distanziert, sondern auch juristische Schritte gegen Abdel-Madged und alle diejenigen, die den Mordaufruf gemacht oder vorbereitet haben. Ich stehe in Kontakt mit dem Auswärtigen Amt. Auch der SPD-Chef Sigmar Gabriel hat Kontakt zu mir aufgenommen und sicherte mir seine Solidarität und Unterstützung zu.

▶ Markus Löning, der Menschenrechtsbeauftrage der Bundesregierung, äußerte: "Der öffentliche Mordaufruf gegen Herrn Abdel Samad ist durch nichts zu rechtfertigen. Ich erwarte, dass sich die ägyptische Regierung deutlich und unmissverständlich davon distanziert. Ich fordere die ägyptische Regierung auf, Meinungs- und Religionsfreiheit zu garantieren und die Sicherheit

von Herrn Samad zu gewährleisten." Halten Sie das für ausreichend?

Hamed Abdel-Samad: Nein. Ägypten braucht die finanzielle Unterstützung Deutschlands und die Europäische Union in dieser Übergangsphase. Es kann nicht sein, dass das Land in den Genuss der Entwicklungshilfe kommt, ohne die Mindeststandards der Rechtstaatlichkeit zu erfüllen. Es muss ein noch deutlicheres Signal aus Berlin kommen.

▶ Wie hat sich Ihr Leben seit dem Mordaufruf verändert und welche persönlichen Sicherheitsvorkehrungen haben Sie seitdem getroffen?

Hamed Abdel-Samad: Ich kann mich nicht mehr in Kairo frei bewegen, wie ich das früher gerne tat. Auch öffentliche Veranstaltungen kann ich nicht mehr besuchen, weder als Referent noch als Gast. Das ist schon bitter. Als ich auf dem Tahrir-Platz vor zwei Jahren gegen Mubarak demonstriert habe, hätte ich mir nie gedacht, dass mein Land nach dem Sturz Mubaraks noch unfreier wird. Ich bereue es trotzdem nicht, denn wir hatten es in Ägypten mit einer Diktaturzwiebel zu tun, die aus mehreren Schichten bestand: die Schicht des Mubarak-Clans, die Militärdiktatur und die religiöse Diktatur. Und man muss eine Schicht nach der anderen abschälen, um zu einem demokratischen Kern zu gelangen. Freiheit ist teuer!

▶ Der Salafismus ist in Ägypten auch parlamentarisch vertreten, als zweitstärkste Fraktion. Könnten Sie etwas über die Hintergründe dieser Entwicklung sagen. Wird diese Entwicklung von saudischen Quellen finanziert und unterstützt, wie andernorts im Nahen Osten?Wenn ja, wie beurteilen Sie dann die Tatsache, dass Saudi-Arabien vom Westen als enger Alliierter betrachtet und permanent aufgerüstet wird?

Hamed Abdel-Samad: Die Salafisten sind sehr vielfältig. Es gibt noch viele Salafisten, die apolitisch sind. Diejenigen, die sich an der Politik beteiligen, werden von Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten massiv unterstützt. Saudi-Arabien versucht, die radikal wahabitische Richtung des Islam zu verbreiten, und meint, dadurch den schiitischen Gegner Iran in Schach halten zu können. Der Westen ist strategisch ungeduldig und glaubt auch, durch militärische Unterstützung Saudi-Arabiens könne man die iranische Gefahr unterbinden. Ich halte Saudi-Arabien allerdings langfristig für noch gefährlicher als den Iran.

▶ Salman Rushdie sagte in einem Interview: "Mithilfe des enormen Wohlstands, den unsere Petro-Dollars brachten, haben die Saudis ihre sehr fundamentalistische Version des Islam verbreitet, die zuvor innerhalb der islamischen Welt nur den Status einer Art Sekte besaß. Dadurch - durch die Verbreitung der saudischen Form - hat sich die ganze Natur des Islam zum Nachteil verändert." Teilen Sie diese Einschätzung?

Hamed Abdel-Samad: Das stimmt zum Teil. Aber die Saudis haben keine neue Ideologie erfunden. Sie haben nur Teile des Islam wiederbelebt, die seit seiner Entstehung zum Herzstück des Islam gehören, nämlich die wortwörtliche Interpretation der Texte. Es gibt keine Religion, die sich durch ein paar Petrodollars vollkommen verändern lassen kann. Sonst hätte der Westen mit viel Geld und Macht und Kolonialismus den Islam aufklären können. Es ist eine emotionale und kulturelle Angelegenheit, die viel älter als Saudi Arabien ist.

▶ Befürchten Sie, Ihr Leben wird sich ab jetzt nachhaltig verändern, wie es bei Salman Rushdie der Fall war und ist?

Hamed Abdel-Samad: Ich hoffe nicht. Ohne Freiheit macht das Leben für mich keinen Sinn. Ich werde aber vorsichtiger sein müssen, wo ich auftrete und in welcher Gesellschaft ich mich befinde. Aber ich werde weiterhin das sagen und schreiben, was ich denke!

▶ Vielen Dank Herr Abdel-Samad.

"Im Westen hat man noch immer nichts aus dem 'Arabischen Frühling' gelernt"

Peter Scholl-Latour über den Syrien-Konflikt, die Rolle der Türkei und die Rebellen

Peter Scholl-Latour ist in Deutschland wohl einer der bekanntesten Journalisten - auch wegen seiner eigenwilligen Positionen und Deutungen. Dieses Interview entstand anlässlich des Erscheinens seines Buchs "Die Welt aus den Fugen".

▶ Herr Scholl-Latour, die Spannungen zwischen Syrien und der Türkei nehmen beständig zu. Damaskus und Ankara haben gegenseitige Luftraumsperren verhängt. Der türkische Außenminister drohte, dass bei weiteren Grenzverletzungen durch Syrien "ohne Zögern" zurückgeschlagen werde.

Peter Scholl-Latour: Die Türkei hat eine radikale Kehrtwende vollzogen, bezüglich ihrer Politik gegenüber Syrien, die bis vor Kurzem noch von einer engen Zusammenarbeit gekennzeichnet war. Nicht erst seit den jüngsten Grenzverletzungen, wobei immer noch nicht gesichert ist, wer die Granaten über die Grenzen geschossen hat. Assad kann natürlich kein Interesse daran haben, jetzt auch noch die Türkei militärisch gegen sich aufzubringen.

Schon seit Beginn des jüngsten Aufstandes, erhalten die Aufständischen Nachschub auch über die türkische Grenze.

▶ Was bezweckt Ankara mit einer Einmischung in den syrischen Konflikt?

Peter Scholl-Latour: Darüber kann man nur spekulieren. Sicher ist die Regierung Erdogan daran interessiert, die Türkei als sunnitische Vormacht in der Region zu etablieren. Dieses Unterfangen ist aber für die Türkei nicht risikolos, denn auch unter syrischen Sunniten hegt man eher zwiespältige Gefühle - gegenüber einer türkischen Vormachtstellung, basierend auf den historischen Erinnerungen an die Osmanische Herrschaft. Aus der türkischen Perspektive stellt sich noch natürlich ein ganz anderes, viel drängenderes Problem da.

▶ Welches?

Peter Scholl-Latour: Das kurdische Problem. Der syrische Präsident hat sich ja schon damit abfinden müssen, den im Nordosten seines Staatsgebietes lebenden Kurden, deren Anzahl etwa 2 Millionen beträgt, eine ähnliche Souveränität einzuräumen, wie den Kurden im benachbarten Irak. In Ankara sieht man diese Entwicklung mit wachsender Besorgnis, da diese souveränen Territorien natürlich auch eine Sogwirkung ausüben könnten, auf die Kurden in der Türkei. In letzter Zeit gab es ja in den türkischen Kurdengebieten wieder verstärkte Aktivitäten der PKK, die schon

als besiegt galt.

Nach einem Sieg der Rebellen könnte es zu einem Massaker kommen

▶ Sie haben den Präsidenten Syriens Ende vergangenen Jahres in Damaskus getroffen, welchen Eindruck machte Baschar el-Assad auf Sie?

Peter Scholl-Latour: Richtig, mein Gespräch fand am 30.12 2011, um acht Uhr morgens statt. Wer dem noch jungen Präsidenten Baschar al-Assad begegnet, entdeckt einen hochgewachsenen, höflichen Gesprächspartner, der - zum Zeitpunkt dieser Begegnung - noch von keinerlei Ängsten geplagt zu sein schien. Das kann sich inzwischen-natürlich geändert haben.

▶ Worum ging es in dem Gespräch?

Peter Scholl-Latour: Was den Inhalt der Konversation angeht, da halte ich mich an die vereinbarte Diskretion. Es handelte sich ja nicht um ein Interview, sensationelle Neuigkeiten hatte der Präsident mir auch nicht verkündet. Allerdings legte Assad Wert darauf, den Konflikt in Syrien als internationalen Konflikt zu interpretieren, Damit hat er sicherlich Recht. In diesem Zusammenhang sollte man noch einmal daran erinnern, dass Assad, der sich in London zum Augenarzt ausbilden ließ, nie politische Ambitionen besaß. In das höchste Amt des Staates gelangte er, weil sein Bruder Basil bei einem Autounfall ums Leben

kam. So blutig die Ereignisse in Syrien auch sein mögen, im Vergleich zu seinem Vater ist der amtierende Präsident Syriens eher harmlos.

▶ Sie spielen auf das Massaker von Hama an, welches 1982 stattfand?

Peter Scholl-Latour: Ja, die Stadt Hama, die damalige Hochburg des Aufstandes der Muslimbrüder gegen das Assad-Regime, hatte ich zwei Tage nach dem Blutbad passiert. Mehr als 20.000 Menschen wurden damals niedergemetzelt. Es stand dort kein Stein mehr auf dem anderen.

▶ Also, eine ähnliche Konstellation wie heute, die sunnitische Bevölkerungsmehrheit im Aufstand gegen die Minderheit der Alawiten, welche hauptsächlich von dem Baath-Regime repräsentiert wird?

Peter Scholl-Latour: Mit einem gewaltigen Unterschied. Im Gegensatz zu 1982 werden die Aufständischen heute massiv vom Ausland ausgerüstet, per Waffenschmuggel über die Grenzen Syriens. Die "Freiheitskämpfer" Syriens wären schon längst von der Armee Syriens, sowie der Schabiha, also der Alawiten-Miliz, vernichtet worden, gäbe es nicht die Hilfe aus dem Ausland.

▶ Würde ein Sturz Assads auch automatisch das Ende der alawitischen Hegemonie in Syrien bedeuten?

Peter Scholl-Latour: Nicht nur das. Die Alawiten würden nicht nur

ihre Privilegien und ihre Machtpositionen verlieren, sie wären auch einem blutigen Rachefeldzug ausgeliefert. Die Alawiten gelten bei extremistischen Sunniten als Ketzer. Da die Aufständischen von der "Freien Syrischen Armee" sich inzwischen nicht nur auf Deserteure stützen können, sondern von Jihadisten aus der ganzen arabischen Welt unterstützt werden, vor allem aber von salafistischen Kräften, sowie jenen Gruppierungen die man im Westen pauschal unter dem Sammelbegriff al-Qaida subsumiert, wäre ein Massaker nicht ausgeschlossen.

Das Syrien al-Assads ist der letzte säkulare Staat in der Region

▶ Daher auch die Entschlossenheit Assads, den Kampf fortzuführen?

Peter Scholl-Latour: Genau. Dem syrischen Präsidenten ist das Schicksal Gaddafis natürlich nicht entgangen. Auch ein Prozess in Den Haag, flankiert von einer lebenslangen Haftstrafe, ist ja keine akzeptable Alternative, zumal er auch zum Schutz seines weitverzweigten Familienclans verpflichtet ist. Übrigens, mit einem tödlichen Attentat auf Assad wäre der Konflikt nicht automatisch beendet. Der jüngere Bruder des Präsidenten, der Armeekommandeur Maher, würde sich dem Untergang der Alawiten mit brutaler Entschlossenheit entgegenstellen.

▶ Im Westen fordert man den Abgang Assads.

Peter Scholl-Latour: Im Westen hat man anscheinend noch immer

nichts aus dem sogenannten "Arabischen Frühling" gelernt. Wahrscheinlich träumt man immer noch von einer automatischen Hinwendung zu Demokratie und Marktwirtschaft in Syrien, wenn Assad erst einmal weg ist. Das Gegenteil wird der Fall sein. Ein nicht unerheblicher Anteil der Aufständischen in Syrien ist auf einen radikalen Islamismus eingeschworen, der von den reaktionären Golf-Monarchien Saudi-Arabien und Katar unterstützt wird und der sich letztendlich auch gegen den Westen richten wird. Man ignoriert dabei gerne, dass mit dem Syrien al-Assads der letzte säkulare Staat in der Region untergehen würde, mit fatalen Folgen für die Christen und andere religiöse Minderheiten dort.

▶ Was ja eigentlich nicht im Sinne des Westens sein dürfte?

Peter Scholl-Latour: Nein, mit Sicherheit nicht. Die Amerikaner, aber auch die Europäer, haben Saudi-Arabien maßlos aufgerüstet, obwohl das dortige Wahabiten-Regime die Salafisten, die für einen intoleranten und fanatischen Islam stehen, weltweit finanziert und unterstützt.

▶ Der Westen versucht so den iranischen Einfluss zurückzudrängen.

Peter Scholl-Latour: Ja, das ist der eigentliche Grund für die westliche Frontstellung gegen Assad, nicht etwa der Wunsch, Freiheit und Menschenrechte in Syrien zu etablieren. Wenn es dem Westen damit ernst wäre, hätte er ja bei seinem Verbündeten

Saudi-Arabien diese Prinzipien einfordern können, wo die Zustände diesbezüglich weit schlimmer sind als im Iran. Auch die saudische Okkupation Bahreins hat im Westen nicht einmal ein Stirnrunzeln verursacht. Im Gegenteil, die Bundesrepublik stattete Riad mit Panzern aus. Bei diesem Konflikt geht es darum, die Iraner davon abzuhalten, eine Verbindung zum Mittelmeer zu erhalten, über den Irak, Syrien bis hin zum Libanon. Deshalb soll Assad verschwinden.

▶ In Ihrem neuen Buch "Die Welt aus den Fugen", kritisieren Sie nicht nur die enge Bindung des Westens an Saudi-Arabien, sondern auch die Konfrontation mit dem Iran. Hat Israel nicht gute Gründe, den Iran zu fürchten, beispielsweise aufgrund der iranischen Bombe?

Peter Scholl-Latour: Der bekannte israelische Militärhistoriker Martin van Creveld entgegnete dem: "Israel kann mit einer iranischen Bombe leben!" Ich teile die Einschätzung. So wie er äußert sich übrigens auch der ehemalige Chef des Mossad, Meir Dagan, auch ein Mann von beträchtlichem politischem Gewicht.

Der israelische Generalstab steht dem Drängen gewisser Politiker in Jerusalem, zum Präventivschlag gegen Teheran auszuholen, mit großer Skepsis gegenüber. Wenn der Iran über die Atombombe verfügen sollte, wird er nicht Tel Aviv bombardieren. In so einem Moment würden Israel und die USA den Iran nuklear auslöschen - so suizidal ist man in Teheran nicht veranlagt.

Die Drohung, die Waffe einzusetzen, ist eine propagandistische Aussage, die wirklich unhaltbar ist. Es ist auch eine strategisch völlig falsche Sicht der Dinge. Die Atombombe des Iran soll eine Waffe der Abschreckung sein. Übrigens verfügt der Iran auch über eine wirksame konventionelle Streitmacht, deren Potential man nicht unterschätzen sollte. Auch ohne Atombombe ist der Iran eine wichtige Macht. Wäre das nicht der Fall, hätte der Westen schon längst eingegriffen.

▶ Kommen wir zum Abschluss noch einmal auf Syrien zu sprechen. Wie geht es dort weiter? Wird Assad sich halten können?

Peter Scholl-Latour: Es wäre verwegen, zum jetzigen Zeitpunkt, irgendwelche Prognosen zu erstellen. Möglicherweise steht in Syrien noch ein langer, blutiger Bürgerkrieg bevor, wie seinerzeit im Libanon. Inzwischen ist man sich aber auch beim CIA bewusst, dass die "Freie Syrische Armee" zunehmend von radikalen Jihadisten und al-Qaida-Gruppen infiltriert wird. Sollten diese Elemente sich der syrischen Chemiewaffen bemächtigen, über die das Assad-Regime verfügt, würde der internationale Terrorismus eine neue, schreckliche Dimension annehmen. Die Gegner Assads dürften dann viel gefährlicher werden, als es das Baath-Regime von Damaskus jemals war.

"Pakistan und Afghanistan sind schicksalhaft miteinander verbunden"

Ahmed Rashid glaubt, dass die Region eine Chance auf Stabilität hätte, wenn Peking, Teheran und Washington zusammenarbeiten würden



Ahmed Rashid, 1948 in Pakistan geboren und in Großbritannien aufgewachsen, ist Autor und Publizist. Er schreibt unter anderem für das Wall Street Journal. Rashid gilt als inernationaler Taliban-Experte, sein 2000 veröffentlichtes Buch "Taliban - Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad" stand über einen Monat auf der

Bestsellerliste der New York Times.

▶ Herr Rashid, 15 Jahre nachdem Beginn des "Krieges gegen den Terror", wie man es damals im Westen formulierte, sind weder Krieg noch Terror beseitigt wurden, weder in Ihrem Teil der Welt, noch im Westen.

Afghanistan stand damals im Mittelpunkt des militärischen Engagements des Westen, flankiert von der Operation "Enduring Freedom". Wie lautet diesbezüglich Ihre Bilanz?

Ahmed Rashid: Kürzlich wurde ich von einem amerikanischen Magazin danach befragt, weshalb die Taliban nicht versessen darauf sind, an die Verhandlungstische zurückzukehren. Ich antwortete, dass dieses darauf zurückzuführen sei, dass die Taliban in den vergangenen Monaten so viele militärische Erfolge zu verzeichnen hatten, dass sie selbstbewusst anstelle von Verhandlungen die militärische Linie fortführen. Diese Ausführung beantwortet auch Ihre Frage nach meiner Bilanz bezüglich des "Krieges gegen den Terrors". Wenn die Taliban also in der Lage sind, militärische Erfolge im Afghanistan des Jahres 2016 zu erzielen, dann ist dieser Krieg gescheitert, dessen ursprüngliches Ziel es ja 2001 war, die Taliban zu vernichten.

▶ Stellen die heutigen Taliban in Afghanistan denn wie 2001 einen monolithischen Block dar oder gibt es verschiedene Subgruppen?

Ahmed Rashid: Auch 2001 waren die Taliban kein monolithischer

Block - weder in Afghanistan, noch in Pakistan (auch wenn es in den internationalen Medien so dargestellt wurde). Die Unterschiede zwischen afghanischen und pakistanischen Taliban wurden nicht reflektiert. Die heutigen Taliban in Afghanistan sind zerstrittener denn je. Das ist ja auch der Grund, weshalb Mullah Mansoor nicht noch mehr Konfliktpotential innerhalb der Taliban entstehen lassen wollte, durch die Teilnahme an Verhandlungen.

Nach seinem Tod ist durch die Machtübernahme von Haibatullah Achundsada, der ja ein Hardliner ist, der interne Machttkampf verstärkt worden. Es gibt innerhalb der Taliban eine Friedens-Lobby, aber auch eine Kriegslobby. Darüber hinaus kommt es zu Streitereien innerhalb der Führung und zu Angriffen von Seiten des Islamischen Staates, der ihnen den Rang streitig machen möchte und Taliban-Kämpfer rekrutiert. Außerdem gibt es Streit mit Pakistan, obwohl die afghanischen Taliban abhängig von Pakistan sind, weil man in Islamabad die Taliban an den Verhandlungstisch drängen möchte.

▶ Sie erwähnten die Unterschiede zwischen den Taliban in Afghanistan und Pakistan. Könnten Sie darauf bitte noch etwas genauer eingehen?

Ahmed Rashid: Sicherlich, denn die pakistanischen Taliban unterscheiden sich beträchtlich von denen in Afghanistan. Die Taliban in Pakistan haben eine ganz andere politische Strategie als

die in Afghanistan.

▶ Inwiefern?

Ahmed Rashid: Die pakistanischen Taliban haben das Ziel, ein islamistisches Regime im Lande zu installieren. Sie verfügen über viele Brückenköpfe und Stützpunkte in zahlreichen Regionen Pakistans. Schon seit langer Zeit setzen sich die pakistanischen Taliban nicht mehr ausschließlich aus Paschtunen zusammen. Inzwischen haben sie sich zu einer nationalen Bewegung entwickelt, in der man alle Volksgruppen findet - ganz im Gegensatz zu Afghanistan, wo mehr als 90% der Taliban der Volksgruppe der Paschtunen angehören.

▶ Welche Auswirkungen haben die Ereignisse in Afghanistan auf die politische Stabilität Pakistans?

Ahmed Rashid: Pakistan und Afghanistan sind schicksalhaft miteinander verbunden, basierend auf dem demographischen Gewicht Pakistans, dessen Einfluss auch auf die afghanischen Paschtunen im Süden des Landes, vor allem aber auf der geographischen Nachbarschaft und der langen gemeinsamen Grenze. Dadurch gelang es den afghanischen Taliban sich ja teilweise auf pakistanisches Terrirorium zurückzuziehen, in die unzulänglichen Bergregionen Waziristans - ein Gebiet, das von den pakistanischen Behörden kaum kontrolliert werden kann. Natürlich genießen die afghanischen Taliban dort auch den Schutz ihrer

pakistanischen Alliierten, basierend auf dem Paschtunwali, dem Sittenkodex der Paschtunen.

▶ Was sind angesichts der von Ihnen geschilderten Rahmenbedingungen die Konsequenzen, die Pakistan ziehen kann und ziehen muss?

Ahmed Rashid: Ich denke, Pakistan hat keine andere Wahl, als sich um eine Beendigung des Krieges zu bemühen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Die Regierung in Kabul ist sehr schwach, deshalb muss Islamabad intervenieren - zunächst diplomatisch, um eine Rückkehr an die Verhandlungstische zu fördern.

▶ Aber das wird doch von Islamabad schon seit 2001 versucht, mit Hilfe der USA, wenn Sie mir diese Zwischenfrage gestatten?

Ahmed Rashid: Und da liegt doch der Fehler. Unter den Pakistanis wächst der Unmut gegenüber den USA. Wie viele Zivilisten kamen schon durch Drohnen ums Leben? Gleichwohl ist das Misstrauen der USA gegenüber der Führung in Pakistan weit verbreitet. Nein, es ist höchste Zeit für einen Neuanfang.

▶ Was war denn der größte Fehler in der amerikanischen Afpak-Strategie, wie ein ehemaliger CIA-Agent es auszudrücken pflegte?

Ahmed Rashid: Die USA haben sich viel zu sehr auf das Militär verlassen und auf eine militärische Lösung der Probleme. Ein Großteil der Gelder aus den USA wurde in die Rüstung gesteckt,

kaum etwas in den Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen (beziehungsweise den Abbau der Missstände Pakistans, wie etwa der Korruption).

Während all dieser Jahre fand ein Prozess statt, den ich die Talibanisierung der pakistanischen Gesellschaft nenne.

Selbst in Lahore, meiner Heimatstadt, bestimmen junge Absolventen der Koranschulen die Gesetze auf den Straßen, zwingen Frauen den von ihnen propagierten Kleidungsstil auf, attackieren Vertreter eines anderen Lebensstils. Natürlich gibt es noch eine starke urbane Mittelschicht, die aber zunehmend ins Fadenkreuz gerät. Bisher bin ich nicht der Überzeugung, dass diese Militanten den Großstädten ihr Gedankengut aufzwingen können - leider gibt es aber zu wenig Widerstand, was mir Sorgen bereitet.

▶ Pakistan ist eine Atommacht und hat mehr Einwohner als Russland. Halten Sie denn diesbezüglich die These für richtig, welche im Westen zu hören ist, wonach es sich bei Pakistan um den gefährlichsten Staat der Welt handelt?

Ahmed Rashid: So weit ist es glücklicherweise noch nicht - aber das Potential, der gefährlichste Staat der Welt zu sein, besitzt Pakistan auf jeden Fall.

▶ Gibt es eine Möglichkeit, die drohenden Risiken, die aus diesen Konflikten erwachsen, zumindest einzuschränken?

Ahmed Rashid: Sicherlich, aber nur unter Einbindung der

nichtwestlichen Regional- und Supermächte in der Region - in diesem Fall Iran und die Volksrepublik China. Beide Staaten spielen eine bisher positive Rolle und haben ein großes Interesse an Stabilität in der Region.

Iran hat sowohl eine Grenze mit Afghanistan als auch eine zu Pakistan. Teheran spielt hierbei die gleiche Rolle für die Tadschiken in Afghanistan wie Pakistan für die Paschtunen. Teheran war schon immer ein Feind der Taliban, schon aus religiösen Gründen.

China hat das ökonomische Potential, massiv in die Infrastruktur Afghanistans zu investieren.

Wenn Peking, Teheran, und Washington zusammenarbeiten würden, an der Stabilität der Region, bestünde eine Chance auf Frieden.

▶ Vielen Dank Herr Rashid.

"Wir sollten von einem asymmetrischen dreißigjährigen Krieg ausgehen!"

Der ehemalige CIA-Agent Robert Baer über den gescheiterten Kampf gegen den Terror und warum Europa eine leichte Beute für den Terrorismus sein könnte

Die Bücher des ehemaligen CIA-Agenten Robert Baer sorgen in den USA regelmäßig für großes Aufsehen. Baers Werke "See No Evil" und "Sleeping with the Devil" lieferten die Vorlage für den 2005 fertiggestellten Film Syriana. Die Person des Film-Charakters Bob Barnes - gespielt von George Clooney - wurde Robert Baer nachempfunden.

▶ Die Anschläge von Paris [im November 2015] haben weltweite Schockwellen ausgelöst. Was waren Ihre ersten Gedanken, als Sie von den Attentaten dort hörten?

Robert Baer: Meine ersten Gedanken waren, was wird nur aus Europa?

▶ Wie meinen Sie das?

Robert Baer: Europa steht leider im Begriff, alle Voraussetzungen

zu erfüllen, um eine leichte Beute der Terroristen zu werden. Besondern natürlich die europäischen Metropolen. In unmittelbarer Nachbarschaft liegen die Krisenherde, die Außengrenzen der EU sind mehr oder weniger offen. Mehr muss ich dazu wohl nicht sagen, oder?"

▶ Die deutsche Regierung hat neulich eingestanden, dass sie nicht weiß, wie viele Menschen kürzlich als Flüchtlinge eingereist sind. Halten Sie das für eine Gefahr?

Robert Baer: Absolut. Ohne die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge als Bedrohung darstellen zu wollen, die vor Not, Terror und Krieg flüchten, aber natürlich können potentielle Terroristen sich in diesem Strom von Menschen wie Fische im Wasser bewegen.

▶ In Paris wurde auch ein syrischer Pass gefunden, der darauf hinzudeuten scheint, dass einer der Täter erst im Oktober nach Griechenland einreiste.

Robert Baer: Das kann natürlich auch ein Fake sein, um Spuren zu vermischen. Die Terroristen benötigen ja nur 8 Menschen, um ein Blutbad wie in Paris anzurichten. Die Gefahr geht heute von kleinen, fanatisierten Gruppen aus, nicht von einer Zentrale irgendwo im Irak oder Syrien. Sie können zwar in Verbindung mit dem Islamischen Staat stehen, benötigen von diesem aber kein grünes Licht.

▶ Sie selbst waren in den 1980er Jahren als CIA-Agent an der

Verfolgung von islamistischen Terroristen in Frankreich beteiligt. Wie unterscheidet sich die heutige Ausgangslage von der damaligen?

Robert Baer: Grundsätzlich. Die Einstellung der französischen Öffentlichkeit hat sich grundsätzlich geändert. Den traditionellen antiarabischen Rassismus in Frankreich gab es damals auch schon, der viele der maghrebinischen Einwanderer dazu verdammte, ein Leben an der Peripherie der Gesellschaft zu führen, nicht nur geographisch, sondern auch sozial. In der französischen Gesellschaft war es damals wie heute unglaublich schwer, nach oben zu kommen. In diesen Milieus entstanden ja auch die Probleme, die bis heute anhalten.

Damals waren sich die Europäer aber darüber bewusst, dass sie nur etwas politische Gewalt anwenden müssen, aber trotzdem ihre offene Gesellschaft aufrecht erhalten können. Inzwischen macht sich Panik breit, die beschriebenen Probleme von damals sind nicht gelöst, politischer Extremismus macht sich breit.

▶ Was würde geschehen, wenn sich Anschläge dieser Art fortsetzen?

Robert Baer: Dann kommt ein neuer Faschismus in Europa. Werte wie Liberalismus und Demokratie werden über Bord geworfen, das Projekt der EU bricht zusammen, Schengen ist ja schon jetzt tot.

▶ Muss Deutschland also auch mit einem Anschlag wie in Paris

rechnen?

Robert Baer: Tendenziell ist jedes Land gefährdet. Ob im Westen oder anderswo. Deutschland scheint mir noch relativ sicher, von potentiellen Anschlägen gegen ausländische Einrichtungen einmal abgesehen, da sich Berlin bisher nicht an direkten militärischen Aktionen beteiligt hat. Eine Garantie ist das allerdings nicht.

▶ Und wie schaut es mit den USA aus?

Robert Baer: Die sind genauso gefährdet, alleine schon wegen des leichten Zugangs zu Waffen, der bekanntlich hier vorhanden ist.

"Terrorismus ist so alt wie die Menschheit"

▶ 14 Jahre, nachdem man in Washington den "War on Terror" verkündete, scheint dieses Phänomen lebendiger denn je. Ist der "War on Terror" gescheitert?

Robert Baer: Selbstverständlich. Der "War on Terror" war ja auch von Anfang an völlig falsch konzipiert, was weniger an geheimdienstlichen Mängeln lag, sondern vielmehr mit der Inkompetenz der damaligen Führung in Washington zusammenhängt. Lassen Sie mich bitte aber noch etwas zu dem Begriff Terrorismus äußern.

Es ist ein Fehler zu glauben, so wie es uns medial vermittelt wird, als wäre Terrorismus etwas Neues. Terrorismus ist so alt wie die Menschheit selbst und trat in allen Erdteilen auf. Auch das Blutbad

in Paris war kein Einzelfall, sondern eingebettet in eine Reihe von jüngsten Anschlägen, von Beirut bis hin zum Abschuss des russischen Passagierflugzeuges über der Halbinsel Sinai.

▶ Könnten Sie bitte noch einmal auf die Fehler des "War on Terror" eingehen, welche damals praktiziert wurden, wie Sie es eben andeuteten?

Robert Baer: Schauen Sie, Terrorismus ist eine Art der Kriegsführung, eine der ältesten der Welt, wie ich eben ausführte. Nach 9/11 wurde das Bild aufgebaut, der Terrorismus sei etwas Neues. Neu war nur das Ausmaß, flankiert von modernster Technik in Verbindung mit Verkehrsmitteln, und die Symbolkraft, die durch die Auswahl der Ziele zum Ausdruck kam und deren Bilder um die Welt gingen.

Terrorismus gab es schon zu Zeiten der Bibel und auch davor. Selbst in den USA gab es dieses Phänomen, denken wir an die Ermordung diverser Präsidenten oder an den Anschlag von 1995 in Oklahoma City. Bei einem Krieg gegen den Terror ist der Gegner in diesem Fall in keiner Weise definiert, wie in der konventionellen Kriegsführung, wenn Staaten gegen Staaten kämpfen.

Wenn man also einen Krieg gegen den Terror ausruft, steht man vor einem Dilemma, da man sich dann auf das Feld der asymmetrischen Kriegsführung begibt, eine der schlimmsten Kriegsführungen überhaupt, wie schon die Römer einst in

Germanien erfahren mussten. Hinzu kommt, dass nach dem 11. September 2001 völlig falsche Schritte eingeleitet wurden.

▶ Inwiefern?

Robert Baer: Die meisten der Täter von 9/11 hatten die saudische Staatsbürgerschaft und das Attentat wurde in Saudi-Arabien konzipiert. Zwar nicht von der saudischen Regierung, doch gedeckt von einflussreichen Kreisen dort. Das wurde auch schnell ermittelt. Statt aber den engen Verbündeten Saudi-Arabien unter Druck zu setzen, wurde Afghanistan als Kriegsziel ausgewählt, obwohl bis heute kein einziger Afghane als Täter oder Mittäter von 9/11 ermittelt werden konnte. Noch weniger hatten der Irak und Hussein etwas damit zu tun.

Der Krieg gegen den Terror mit wechselnden Kampfzonen wird unsere Art zu leben nachhaltig verändern

▶ Tony Blair gestand neulich öffentlich "Natürlich kann man nicht sagen, dass diejenigen von uns, die Saddam 2003 gestürzt haben, keine Verantwortung für die Situation von 2015 tragen."

Robert Baer: Damit hat er zweifelsohne Recht, nur nützt dieses Eingeständnis heute wenig, wenn die gesamte Politik, ob nun die Verteidigungs- oder die Außenpolitik, immer noch auf höchst unsicheren Säulen basiert.

▶ Mit diesen Säulen meinen Sie Saudi-Arabien?

Robert Baer: Vor allem die permanente Aufrüstung Saudi-Arabiens, die ja einher geht mit der weltweiten Verbreitung wahhabitischer Strömungen innerhalb der islamischen Welt, wovon auch eine Bewegung wie ISIS profitiert.

▶ Aber ISIS hat doch auch Saudi-Arabien den Kampf angesagt?

Robert Baer: Richtig, doch trotzdem bleibt festzuhalten, dass Saudi-Arabien und die dort praktizierte Form des Islam das geistige Epizentrum von Bewegungen wie ISIS oder anderen bleibt!

▶ In Ihren Büchern plädieren Sie seit Längerem dafür, die westliche Außenpolitik im Allgemeinen und die amerikanische im Speziellen müsse sich dem Iran zuwenden, statt Saudi-Arabien weiter aufzurüsten.

Robert Baer: Gerade jetzt, beim Kampf gegen den Islamischen Staat, sind der Westen und Russland auf Teheran als Kooperationspartner angewiesen. Die Saudis kann man diesbezüglich vergessen, wie man gerade beim militärischen Vorgehen Riads gegen Jemen beobachten kann. Iran ist ein relativ stabiler Staat, mit einer starken Armee, der den Islamischen Staat genauso als Gegner fürchten muss wie der Westen und Russland. Aber selbst dann würde sich die weltweite Terrorgefahr nicht abschwächen, sondern eher erhöhen.

▶ Frankreich hat mit der Bombardierung von Stellungen des Islamischen Staates in Syrien begonnen.

Robert Baer: Und all das wird nichts nützen. Washington hat die ganze Zeit mit den Drohnen geprotzt, als angebliche Wunderwaffe beim Kampf gegen den Terrorismus. Das ist genauso ein Quatsch wie der Einsatz der Luftwaffe als alleiniges Instrument. Die Infantrie bleibt noch immer die Mutter aller Schlachten.

▶ Aber das ist doch utopisch.

Robert Baer: Utopisch nicht, aber unwahrscheinlich, denn die westlichen Streitkräfte agieren nach dem Motto "No own deaths!" Wir sollten von einem dreißigjährigen Krieg ausgehen, asymmetrisch, mit immer neuen Kampfzonen, auch innerhalb der westlichen Welt, der unsere Art zu leben nachhaltig verändern wird. Ich wünschte, ich könnte eine andere Prognose vermitteln.

▶ Betrachten Sie die Ereignisse in Paris auch als ein Versagen der dortigen Geheimdienste?

Robert Baer: Jedem Terroranschlag geht ein Versagen der Dienste voraus. Ich kann Ihnen sagen, was die US-Geheimdienste angeht, die sind inzwischen in bürokratischer Routine erstickt, agieren provinziell, bei allem globalen Gehabe.

Gegenüber Russland wähnt sich der Westen noch immer im Kalten Krieg

Peter Scholl-Latour über das Verhältnis Russland-USA nach dem Asyl für Snowden, die Fehler, die gegenüber Russland begangen wurden, und die Entwicklungen in Ägypten und Syrien

▶ Herr Scholl-Latour, die russische Regierung hat dem amerikanischen Whistleblower Snowden Asyl gewährt. Droht dadurch die Neuauflage des "Kalten Krieges" zwischen Moskau und Washington?

Peter Scholl-Latour: Was die Politik des Westens gegenüber Russland angeht, da meint man immer noch, auch vor dem Fall Snowden, man befindet sich im Kalten Krieg. Dabei hätte man Russland, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, als Partner des Westens aufbauen können. Stattdessen setzte die Nato zu einem Ritt nach Osten an, dehnte sich aus, bis fast vor die Tore von St. Petersburg, wo Peter der Große einst die Öffnung nach Westen durch die Aufnahme Estlands manifestieren wollte.

Gerade in der heutigen Welt wären wir auf Russland als Partner angewiesen, bei den Problemen in Afghanistan, in Zentralasien, wie auch bei den anhaltenden Turbulenzen im Nahen Osten. Dafür hat

man es aber geschafft, Russland zu einer strategischen Partnerschaft mit China zu bewegen, obwohl Russland China auch zu fürchten hat, zumindest langfristig. Es gibt im Westen keine ausreichende Wahrnehmung der Gefahren in einer multipolaren Welt.

▶ Der ehemalige republikanische Präsidentschaftskandidat McCain sprach in Bezug auf das russische Asyl für Snowden von einem Schlag ins Gesicht aller Amerikaner.

Peter Scholl-Latour: Nun, das ist natürlich Heuchelei. Die Amerikaner hätten doch umgekehrt genauso gehandelt, in anderen Fällen wurde das doch auch praktiziert. Fast bin ich mir sicher, viele Amerikaner halten eher die Enthüllungen Snowdens für einen "Schlag ins Gesicht". Sie haben nichts mit amerikanischen Werten zu tun, sondern eher mit der Schreckensvision von Georg Orwell. Wobei es natürlich auch etwas naiv wäre, wenn man davon ausginge, Geheimdienste, auch westliche Geheimdienste, würden sich immer an die jeweilige Verfassungen ihres Landes halten.

▶ Kommen wir wieder auf Russland zu sprechen. In Ihrem 2006 erschienenem Buch "Russland im Zangengriff" analysieren Sie die geostrategischen Risiken, denen sich der größte Flächenstaat der Welt ausgesetzt sieht, nämlich den militanten Islamismus, die Nato-Osterweiterung, wie auch den Aufstieg der Volksrepublik China. Würden Sie das heute - sieben Jahre später - genauso formulieren?

Peter Scholl-Latour: Mit Sicherheit. In dem erwähnten Buch stellte ich auch die These auf, dass die NATO in ihrer heutigen Struktur völlig überholt ist. Damit ist nicht der "Atlantische Vertrag" gemeint, ganz im Gegenteil, sondern die NATO als Organisation, immer mit einem amerikanischen General an der Spitze.

Die NATO heute fungiert doch nur noch als Dienstleister der USA und deckt sich nur sehr bedingt mit den unterschiedlichen sicherheitspolitischen Konzepten von Europäern und Amerikanern. Es wäre im Sinne beider Seiten, dieses zu erkennen. Die Zeiten, wo Europäer und Amerikaner durch die gemeinsame Gefahr aus dem Osten zusammengeschweißt wurden und 1:1 die gleichen Interessen hatten, gelten in der heutigen Welt nur noch sehr bedingt. Heute operiert die NATO ja nur noch "Out of Area" mit sehr bescheidenem Erfolg.

▶ Aber was wurde konkret gegenüber Russland falsch gemacht?

Peter Scholl-Latour: Putin wollte ursprünglich doch auch die Öffnung nach Westen. Als KGB-Mann hatte er in Deutschland gelebt. Er ist sicher kein Demokrat westlichen Typus, aus der historischen Perspektive Russlands, gemessen an anderen russischen Staatsoberhäuptern, ist er jedoch ein Westler - wohlgemerkt im russischen Sinne. Aber durch die NATO-Osterweiterung, die allen Abkommen nach dem Ende des Kalten Krieges widersprachen, die Russland fast auf die Grenzen von

Brest-Litowsk wie nach dem 1. Weltkrieg zurückwarfen, durch das Zurückstoßen Russlands in den Osten, kam es zu einer Abkehr in der politischen Strategie Moskaus.

Die Forderungen des Westens nach Demokratie werden immer höchst selektiv vorgetragen

▶ Machen wir einen Sprung nach Ägypten. Der demokratisch gewählte Präsident Mursi wird vom Militär gestürzt, die Reaktionen des Westens reichen von Lippenbekenntnissen bis hin zur klammheimlichen Freude. Bedeutet das vielleicht das Ende des von Ihnen kritisierten Stimmzettelfetischismus, also der Forderung nach demokratischen Prozeduren?

Peter Scholl-Latour: Nein, das denke ich nicht. Das ganze Szenario erinnert an Algerien, zu Beginn der 1990er Jahre, als das Militär mit heimlicher Billigung des Westens die demokratisch gewählte islamistische Regierung stürzte, was zu einem blutigen Bürgerkrieg dort führte. Man hat natürlich nichts daraus gelernt.

Die Forderungen des Westens nach Demokratie werden ja immer höchst selektiv vorgetragen. Gegenüber Saudi-Arabien hört man so etwas ja nie oder selten, dabei wird in Saudi-Arabien die strengste islamische Ausrichtung praktiziert. Im Westen wird der Iran immer als Schurkenstaat Nummer 1 dargestellt, dabei stört sich aber niemand daran, dass christlichen Priestern in Saudi-Arabien die Verhaftung droht, dass dort arbeitende Christen keine Messen

abhalten dürfen, dass Juden dorthin die Einreise verweigert wird. Zum Dank liefern wir unsere Panzer dorthin, mit denen dann die Demokratiebewegung in Bahrain, wie auch im eigenen Land in Schach gehalten werden kann. Von anderen Beispielen, Libyen etc., ganz zu schweigen.

Ich frage Sie, was kann man diesbezüglich denn noch von den Forderungen nach Demokratie halten? Ich persönlich hätte nichts gegen eine "Pax Americana" einzuwenden, wenn diese dann funktionieren würde.

▶ Steckt dahinter denn eine bestimmte Strategie des Westens? Immerhin plante der ehemalige US-Präsident Bush ja einen Leuchtturm der Demokratie im Post-Saddam-Irak zu errichten, der dann auf die Nachbarstaaten ausstrahlen sollte?

Peter Scholl-Latour: Das war sicherlich die Utopie von Bush, an die er fest geglaubt hat, die aber genauso kläglich gescheitert ist wie die Zukunftsvision von Francis Fukuyama, der vor rund 20 Jahren davon ausging, das Ende der Geschichte sei erreicht, die Menschheit habe nun die ideale Gesellschaftsformel gefunden, nämlich die amerikanisch-europäische Form der Demokratie und Marktwirtschaft.

Die Potentaten in diesem Raum können sich der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen schuldig machen, solange sie den geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen des Westens

dienen. Die Wahhabiten Saudi-Arabiens sind alles andere als gemäßigt. Von den extremistischen saudischen Wahhabiten geht die wahre Gefahr aus, sogar in Ländern wie Bosnien, also vor unserer Haustür. Nein, der Westen hat momentan keine Konzepte mehr, gegenüber seiner Politik im Nahen Osten oder der Levante, wie man ja auch am Beispiel Syrien erkennen kann.

▶ Sitzt das Assad-Regime, nach den jüngsten militärischen Erfolgen, wieder sicher im Sattel?

Peter Scholl-Latour: Es hat sich zumindest wieder konsolidiert, was erstaunlich ist, wenn man bedenkt mit welchen innen-, vor allem aber außenpolitischen Gegnern Assad es zu tun hatte, seit dem Ausbruch der Kämpfe dort. Wie es in Syrien weitergeht, wird natürlich von der Einflussnahme fremder Mächte dort bestimmt.

Ein Grund dafür, dass Assad trotz dieser Übermacht bisher nicht besiegt wurde, liegt in der Tatsache begründet, dass er im Lande nicht so unbeliebt ist, wie man im Westen behauptet. Nicht nur bei Alawiten und Christen, auch bei vielen bürgerlichen Sunniten wird er angesichts des drohenden Fanatismus der mit al-Qaida verbündeten Nusra-Front als das geringere Übel angesehen. Die Alawiten würden dann nicht nur ihren Einfluss verlieren, sondern wohl häufig auch ihr Leben. So etwas verstärkt natürlich die Widerstandskräfte. Es handelt sich dort um einen nackten Überlebenskampf .

▶ Auch die USA halten sich bisher zurück.

Peter Scholl-Latour: Und das ist auch gut so. Bisher konnte sich US-Präsident Barack Obama den Kriegstreibern widersetzen. Eine militärische Intervention der USA mit Truppen am Boden wird es dort nicht geben. Das war ja auch in Libyen nicht der Fall. Eine Flugverbotszone würde zu erheblichen Problemen mit Russland führen. Die Russen stellen die Bedingungen, dass bei Verhandlungen auch die Assad-Regierung vertreten ist - was ja auch sinnvoll wäre.

Außerdem stelle ich mir die Frage, wer denn eigentlich die Aufständischen vertreten solle, in solchen Verhandlungen? Die Freie Syrische Armee ist innerlich zerstritten. Die Islamisten, die bereit sind zu sterben? Oder gar die syrischen Exil-Politiker, die seit Jahrzehnten im Ausland leben?

"Europa befindet sich seit mehreren Jahrzehnten in einem unaufhaltsamen Niedergang"

Der belgische Historiker David Engels vergleicht den aktuellen Zustand der EU mitsamt der terroristischen Bedrohung mit dem Untergang der Römischen Republik

Der belgische Historiker Prof. Dr. David Engels (1979) gilt als einer der interessantesten Nachwuchs-Intellektuellen Europas. In seinem 2014 erschienenen Buch "Auf dem Weg ins Imperium" vergleicht er den Untergang der Römischen Republik mit der aktuellen Krise der Europäischen Union. Einige seiner Parallelen sind erstaunlich - und beängstigend. Ich sprach mit David Engels, der in Brüssel lehrt und in der Umgebung der Stadt lebt, unmittelbar nach den Anschlägen.

▶ Die "Hauptstadt Europas" wurde heute Ziel terroristischer Anschläge. Ende vergangenen Jahres, nach dem Terror von Paris, glich Brüssel im Rahmen der Fahndung nach den damaligen Attentätern zeitweise bereits einer Festung. Sie haben Ihren Arbeitsplatz in Brüssel, leben etwas außerhalb der Stadt. Wie nehmen Sie die aktuellen Ereignisse zur Kenntnis und hat sich das

Leben in der Metropole in den vergangenen Monaten verändert?

David Engels: Nun, es ist schon eine seltsame Erfahrung, in einem Land zu leben, das sich in relativ kurzer Zeit von einer traditionell weltoffenen Gesellschaft zu einem zunehmend militarisierten Staatswesen entwickelt hat, wo selbst in Kleinstädten Militär und Polizei omnipräsent sind und die muslimische Bevölkerung zunehmend unter Generalverdacht steht, was leider in Anbetracht der bedeutsamen Rolle, die Belgien im Netzwerk des europäischen Fundamentalismus spielt, kaum erstaunt.

Trotzdem will sich ein vergrößertes Sicherheitsbedürfnis nicht einstellen, und die Ereignisse des 22. März haben ja auch die Richtigkeit dieser Annahme angezeigt: Es ist einfach unmöglich, sich wirksam vor Selbstmordattentätern zu schützen, und im Gegensatz zu kriminellen Organisationen lässt sich der terroristische Fundamentalismus ja auch nicht einfach aus der Welt schaffen, indem man die eine oder andere Organisation zerschlägt, ohne die Wurzeln des Problems anzupacken.

Schon in meinem 2012 entstandenen und 2015 dann auch im Deutschen erschienenen Buch "Auf dem Weg ins Imperium" hatte ich darauf hingewiesen, dass nicht nur die belgische, sondern die gesamte europäische Gesellschaft in eine tödliche Spirale eingetreten ist, in welcher aus kurzsichtigem Wettbewerbsdenken, Casinokapitalismus und naiv-optimistischer "political correctness"

notwendigerweise Frustration, Wirtschaftskrise, Fundamentalismus, Terrorismus, Populismus und schließlich unweigerlich der Sicherheitsstaat entstehen müssen. Die Ereignisse scheinen das vollauf zu bestätigen - leider.

Offenheit und Toleranz sind nicht rein europäische Werte

▶ Im Sommer 2005, unmittelbar nach den damaligen Anschlägen von London, sagte der israelische Philosoph und Co-Autor des Buches "Okzidentalismus - Der Westen in den Augen seiner Feinde" Avishai Margalit in einem Interview: "Wenn wir uns abschotten und von offenen Gesellschaften zu ängstlichen, paranoiden Gesellschaften werden, dann hätte der Okzidentalismus gesiegt, dann gäbe es nichts mehr zu verteidigen!" Was würden Sie ergänzen, oder stimmen Sie dieser These zu?

David Engels: Diese Aussage scheint mir freilich arg eurozentrisch zu sein. Als Historiker bereitet es mir immer wieder Bauchgrimmen, die europäische Kultur als solche verkürzt mit der "offenen Gesellschaft" des späten 20. Jahrhunderts gleichgesetzt zu sehen: Zum einen hat Europa der Menschheitsgeschichte doch noch ein paar andere wunderbare Dinge neben der "offenen Gesellschaft" geschenkt, denkt man nur an die gotische Architektur, die Malerei der Renaissance, die Musik der Barockzeitalters oder die Philosophie des 19. Jahrhunderts; zum anderen finden sich auch in vielen anderen historischen Gesellschaften Phasen erstaunlicher

Offenheit, denkt man an Rom in der späten Republik, Chang'an unter den Han-Kaisern oder Bagdad zur Zeit der frühen Abbasiden.

Gerade wir Europäer sollten endlich einmal zu der Einsicht kommen, dass Offenheit und Toleranz eben nicht rein europäische Werte sind, sondern auch in anderen Kulturen gelebt wurden, wenn die Konstellation günstig war. Und solche Phasen der Offenheit führen es leider auch mit sich, dass sie früher oder später wieder zu Abschottung führen, vor allem, wenn sie aggressiv nach außen gelebt und von anderen als arrogante Bedrohung eigener Identität empfunden werden.

Wer die gewachsenen Strukturen Afghanistans und des Iraks zerschlägt, um dort westliche Staats- und Wirtschaftsmodelle einzupflanzen, wer Tunesien, Libyen, Ägypten und Syrien in Bürgerkrieg versinken lässt, weil er glaubt, aus dem arabischen Frühling würden gleichsam von selbst westliche Demokratien entstehen, und wer ängstlich darum bemüht ist, den Nahost-Konflikt möglichst zu keiner langfristigen Lösung kommen zu lassen, gleichzeitig aber im sicheren Europa beständig seine eigene Offenheit rühmt, der darf sich nicht wundern, wenn es mit dieser Offenheit bald vorüber ist … Das sehen wir nicht nur in Brüssel, sondern auch in vielen belgischen Kleinstädten nahezu jeden Tag.

Mit Bequemlichkeit, Kalkül und Feigheit erkaufen wir den eigenen Frieden

▶ Schon in der Antike wurden die historischen Abläufe analysiert, welche zum Aufstieg und Fall großer Mächte führten. Hat man in Europa, angesichts von über sieben Jahrzehnten Frieden, das Bewusstsein für die Tragik historischer Abläufe verloren, welche Paul Valery einst mit den Worten ausdrückte: "Und wir sehen jetzt, dass der Abgrund der Geschichte Raum hat für alle?"

David Engels: Die vielbeschworenen 70 Jahre Frieden schrumpfen natürlich schnell zusammen, wenn man genauer hinsieht. Die schrecklichen Jahrzehnte des Kalten Kriegs, als paradoxerweise nur die Angst vor atomarer Eskalation uns davor bewahrte, zum Schauplatz der Auseinandersetzung zweier bis an die Zähne hochgerüsteter politischer Giganten zu werden, sind kaum als echte Friedensjahre zu betrachten, und auch in der Folge wurde Europa ja durch den langjährigen, eigentlich bis heute schwelenden Jugoslawienkrieg wie auch durch den gegenwärtigen ukrainischen Bürgerkrieg übel heimgesucht - ganz zu schweigen von der humanitären Katastrophe, die sich auf der anderen Seite des Mittelmeers, also nur wenige Kilometer von unseren Außengrenzen, zuträgt.

Nein, den Frieden kann nur ausmachen, wer nicht wirklich hinschauen will, und das wollen heute nur die wenigsten. So hat sich denn auch der eigentlich sehr zynische Eindruck eingebürgert, im "Frieden" zu leben, und die noch zynischere, weil unerträglich selbstzufriedene Einschätzung, diesen Frieden unserer eigenen,

angeblich "zivilisierten" Gesellschaftsordnung zu verdanken, also ein "Anrecht" auf ihn zu haben.

Dahinter steht freilich nur, dass wir das Kriegsführen zum einen bequemerweise unserem amerikanischen Bündnispartner überlassen, um uns praktischerweise danach über ihn zu beklagen (und uns gegen klingende Münze am "Wiederaufbau" zu beteiligen), zum anderen, dass unsere Politiker jede Gelegenheit, bei der es eigentlich gelten würde, in unserem eigenen Interesse außenpolitisch und notfalls auch militärisch tätig zu werden, geflissentlich übersehen, um den Wahlbürger durch den Anblick einiger Särge nicht zu vergraulen.

Und so haben denn Bequemlichkeit, Kalkül und, seien wir offen, Feigheit eine Situation geschaffen, in welcher wir uns den eigenen Frieden dadurch erkaufen, dass wir nicht hinschauen, wenn anderswo Krieg herrscht, dadurch aber auch letztlich nur bewirken, dass der Krieg sich unweigerlich unseren Grenzen nähert, ja eigentlich, denkt man an die fast monatlichen Attentatsopfer in den europäischen Großstädten, das Herz unserer Gesellschaft schon erreicht hat - mit dem Resultat, dass nun, wie in Brüssel, Frauen und Kinder, aber keine Soldaten sterben müssen.

▶ In Ihrem Buch "Auf dem Weg ins Imperium: Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der Römischen Republik. Historische Parallelen" schreiben Sie "Es gibt Zeiten in der

Geschichte der Menschheit, in denen Optimismus einfach nur Feigheit und unverantwortliche Verblendung bedeutet." Wie kann man der asymmetrischen Kriegsführung, der wir uns heute ausgesetzt sehen, aber begegnen? Pessimismus oder Fatalismus wären doch auch keine Lösung?

David Engels: Das hängt freilich von der Definition von Optimismus ab: Pessimismus bedeutet nicht gleich Fatalismus, und selbst Fatalismus muss nicht Feigheit implizieren. Ich erkläre mich: Europa befindet sich seit mehreren Jahrzehnten in einem unaufhaltsamen Niedergang, den nur der nicht sehen kann, der aus ideologischen Gründen für eine realistische Einschätzung historischer Kategorien unzugänglich ist.

Nie war in der jüngeren Geschichte die Arbeitslosigkeit höher, nie die Staatsschulden größer, nie die Auslagerung der Betriebe bedrohlicher, nie die Masseneinwanderung ebenso wie die Integration der Immigranten umstrittener, nie das außenpolitische und wirtschaftliche Gewicht Europas auf Weltebene geringer, nie die Anhängerschaft populistischer Parteien größer, nie die Aussichten auf einen Konjunkturaufschwung geringer, nie die Glaubwürdigkeit der Politik geringer; und die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Wer da dem Bürger verspricht, ihn glorreichen Zeiten entgegen zuführen, oder von den Segnungen der liberalen, globalisierten und

multikulturellen Gesellschaft schwärmt, ist einfach weltfremd, ja eigentlich schon fast unverantwortlich. Das wird übrigens auch in ganz Europa mittlerweile so gesehen, wenn sie etwa die französischen, belgischen oder britischen Medien verfolgen - von den spanischen, italienischen, griechischen oder ungarischen ganz zu schweigen.

Nur Deutschland mit seiner noch relativ zufriedenstellenden und meist auf Kosten seiner Nachbarn gesicherten Wirtschaftslage als Exportgigant bildet hier eine Ausnahme - und auch das wohl nur vorübergehend, denn zum einen haben die Alleingänge der Kanzlerin die Bundesrepublik im Ausland in ein extrem schlechtes Bild gerückt, zum anderen ist zu bezweifeln, dass sich allein durch das massenhafte Ansiedeln syrischer oder afghanischer Flüchtlingsfamilien der drohende Anstieg der Soziallasten der alternden deutschen Bevölkerung bewältigen lassen wird. Nur eine pessimistische Einschätzung unserer Zukunft ermöglicht es hier, einen realistischen Pragmatismus zu entwickeln, um wenigstens das Schlimmste zu vermeiden.

Vom allmählichen Versinken in Rezession und bürgerkriegsähnlichen Zustände

▶ In dem erwähnten Buch haben Sie Parallelen zwischen dem Untergang der Römischen Republik und der gegenwärtigen Lage in den heutigen europäischen Gesellschaften. Die EU existiert aber

erst seit einigen Jahrzehnten, die Römische Republik mehrere Jahrhunderte. Haben wir es also mit einer beschleunigten historischen Entwicklung zu tun oder liegen Sie mit diesen Parallelen falsch?

David Engels: Tatsächlich sind die Parallelen zwischen der Niedergangsphase der Römischen Republik, also dem 1. Jahrhundert vor Christus, und der gegenwärtigen Krise der europäischen Gesellschaft extrem augenfällig: Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Niedergang traditioneller Religionen und Werte, Populismus, Brot und Spiele, Kriminalität, Staatsschuld, Massenimmigration, asymmetrische Kriege, massive Verflechtung von Wirtschaft und Politik, Fundamentalismus, Terrorismus und schließlich das allmähliche Versinken in Rezession und bürgerkriegsähnliche Zustände - all das prägt eben nicht nur unsere Gegenwart, sondern auch die letzten Jahre der Republik, bevor sie an ihren inneren Widersprüchen zerbrach und in einen plebiszitär verbrämten, tatsächlich aber autoritären Sicherheitsstaat überging.

Auch die übergeordneten historischen Parameter sind durchaus vergleichbar. Zum einen war die Mittelmeerherrschaft der Römischen Republik zu Beginn der Krise auch erst einmal gerade ein Jahrhundert alt, also nicht wesentlich älter als die Europäischen Gemeinschaften. Zum anderen ist festzustellen, dass diese Krise damals wie heute weniger eine in einer einzigen Institution verankerte Krise war, sondern ein generelles Charakteristikum der

gesamten, unter der lockeren Ägide Roms vereinigten griechisch-römischen Staatenwelt. Ebenso wie heute alle Mitgliedsstaaten der EU ähnliche innere Zerfallserscheinungen zeigen, denen dementsprechend auch nur durch eine gemeinsame Politik begegnet werden kann.

Freilich stimmt die historische Analogie hier wenig optimistisch, was unsere Zukunft betrifft. Als ich 2012 die französische Erstausgabe meines Buch fertigstellte, waren manche Leser und Rezensenten überaus skeptisch, als ich der westlichen Staatenwelt, gestützt auf den Vergleich mit Rom, einen weiteren wirtschaftlichen Niedergang, eine immer größere europäische Bevormundung schwacher Mitgliedsstaaten, bürgerkriegsähnliche Zustände in den Großstädten und den unweigerlichen Aufstieg populistischer Parteien ankündigte. Heute, nachdem wir bei Negativzinsen, der Fremdverwaltung Griechenlands, den fast monatlichen grausigen Attentaten überall in Europa und den Wahlerfolgen von AfD, Front National, UKIP und Donald Trump angekommen sind, ist die Kritik verstummt.

▶ Sie fordern dazu auf, dass sich die europäischen Nationen auf ihre gemeinsame Geschichte besinnen sollten - auf die europäische Identität, die "uns alle verbindet, von Lissabon bis Wladiwostok" -, um daraus mehr Solidarität untereinander ableiten. Diese Solidarität gab es aber doch nie, auch nicht zur Zeit des Untergangs des Römischen Reiches, wenn wir beispielsweise uns den Konflikt

zwischen dem Ost-und Weströmischen Reich zu Grunde legen. Was verstehen Sie unter einer europäischen Identität, die Ihrer Meinung nach von der Nordsee bis zum Pazifik reicht? Und weshalb sollte diese Identität als Grundlage dienen können, wenn schon die ideologischen Grundlagen der EU, auf geografisch kleiner Fläche, nur unzureichend als gemeinsamer Kitt funktionieren?

David Engels: Ich denke, das Problem löst sich auf, wenn man sorgfältig zwischen Identität, Solidarität und Ideologie trennt. Die gemeinsame kulturelle Identität aller Europäer, von Wladiwostok bis Lissabon, ist ein historisches Faktum, das auf einer seit Jahrhunderten, manchmal sogar Jahrtausenden geteilten Geschichte beruht. Wir alle haben direkt oder indirekt Romanisierung bzw. Hellenisierung, Christianisierung, Mittelalter, Renaissance, Glaubenskriege, Absolutismus, Aufklärung, Romantik, Industrialisierung, Imperialismus, Weltkriege, Kalten Krieg und vieles mehr gemeinsam erlebt und geteilt und sind nunmehr in unserer unterbewussten Weltsicht eng miteinander verwachsen.

Das wird auch sofort deutlich, vergleicht man selbst verschiedenste Ausprägungen der europäischen Kultur etwa mit der uns völlig fremdartigen chinesischen oder indischen Kultur. Nur auf dieser Grundlage, die gleichzeitig ja auch Nähe, Verantwortlichkeit und das Gefühl einer Schicksalsgemeinschaft schafft, kann auch echte Solidarität entstehen - doch freilich nur, wenn die verantwortlichen staatlichen Institutionen eine solche Gemeinschaft auch

anerkennen und dem einzelnen Bürger nahebringen.

Gerade das ist aber der springende Punkt: Anstatt auf die enge kulturelle Verwandtschaft der europäischen Völker zu verweisen, um gerade in diesen dringenden Zeiten Solidarität zu schaffen, ergehen sich die europäischen Institutionen in abstrakten Überlegungen zu Freiheit, Gleichberechtigung, Demokratie und Toleranz als alleinigen europäischen Grundwerten, wo wir diese doch etwa auch mit Südkorea und Japan teilen, ohne dass wir diese doch als europäische Staaten bezeichnen würden.

Das bedeutet nun freilich nicht, dass ich diese fundamentalen Werte geringschätze, sondern nur, dass ich sie als solchermaßen allgemeinmenschlich betrachte, dass sie vielleicht einmal den Kitt eines künftigen UN-Weltstaats ergeben könnten, nicht aber dazu beitragen, die innere Kohäsion der sich zum Staat entwickelnden europäischen Kultur zu fördern, die zur Wahrung ihres Überlebens genau wie die USA und China ganz klar zwischen Eigen- und Fremdinteressen zu trennen fähig sein muss.

"Es geht nur um Männer in dieser Welt ..."

Ein Interview mit Akif Pirinçci, der seinen Auftritt bei Pegida bedauert und vor einem Sex-Krieg warnt

Der 1959 in Istanbul geborene Akif Pirinçci war jahrzehntelang einer der erfolgreichsten deutschsprachigen Belletristik-Autoren. Letztes Jahr schrieb er einen Bestseller, in dem er im rechtspopulistischen Stil und mit vielen Kraftausdrücken gegen Gutmenschen, Linke, Schwule, Ausländer polemisierte (vgl. Sarrazin für Fortgeschrittene) und damit nach Sarrazin in der antimuslimischen, ausländerfeindlichen und nationalen Bewegung punktete. Dann trat er auf einer Pegida-Demonstration auf und kommentierte die Äußerung eines CDU-Politikers, der gemeint hatte, Bürger, die mit der aktuellen Politik nicht einverstanden sind, könnten Deutschland ja jederzeit verlassen, wie folgt:

» Offenkundig scheint man bei der Macht die Angst und den Respekt vor dem eigenen Volk so restlos abgelegt zu haben, dass man ihm schulterzuckend die Ausreise empfehlen kann, wenn es gefälligst nicht pariert. Es gäbe natürlich andere Alternativen. Aber die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb. «

In vielen Schlagzeilen wurde die Bemerkung so verkürzt

wiedergegeben, dass der Eindruck entstand, der Autor habe sich gewünscht, dass es noch KZs gebe. Danach kündigten Verlage Pirinççis Verträge und Buchhändler bis hin zu Amazon nahmen seine Werke aus dem Sortiment. Ein nordrhein-westfälischer Händler hat für das Wochenende sogar eine öffentliche Buchvernichtung angekündigt, zu der Kunden ihre Pirinçci-Bücher mitbringen sollen.

▶ Herr Pirinçci, in einem Beitrag auf Ihrer Homepage haben Sie angedeutet, dass die momentane Berichterstattung zu Ihrer Person für Sie gefährlich sei. Fürchten Sie um Ihr Leben?

Akif Pirinçci: Ab heute schon.

▶ Weshalb, gab es konkrete Drohungen?

Akif Pirinçci: Nein, außer den üblichen Beschimpfungen. Allerdings las ich auf meiner Amazon-Seite eine Rezension zu meinem Katzenbuch Felidea, welches sich 2,5 Millionen verkaufte, sinngemäß: Akif Pirinçci, sein Verleger und seine Leser sollten auch vergast werden. Im Kölner Express war zu lesen, mit einem Foto von mir auf der Titelseite, Pirinçci habe Hausverbot in allen Kneipen Bonns, dabei gehe ich gar nicht in Kneipen. Auf der Rückseite des erwähnten Blattes wurde mein Haus abgebildet. Das hat wohl nichts mehr mit Journalismus zu tun, was möchten denn diese sogenannten Reporter mit der Abbildung meines Wohnsitzes bezwecken?

▶ Seit Ihrem Auftritt bei Pegida haben Sie wegen Ihrer dort gehaltenen Rede eine Welle der Empörung ausgelöst. Die Pegida-Veranstalter, von denen Sie eingeladen wurden, haben sich anschließend von Ihnen distanziert.

Akif Pirinçci: Was Pegida macht, ist mir scheißegal.

▶ Bereuen Sie es inzwischen, dort aufgetreten zu sein?

Akif Pirinçci: Ja, das war ein großer Fehler, zumal ich ein lausiger Redner bin.

▶ Sie sind doch ein Medien-Profi, wie können Sie dann behaupten, Sie wussten nicht, was Sie auf der Pegida -Kundgebung erwartet? Das finde ich nicht sehr glaubwürdig.

Akif Pirinçci: Haben Sie mein Buch "Deutschland von Sinnen" gelesen?

▶ Nein!

Akif Pirinçci: Dort vertrete ich ja ähnliche Thesen, wie ich sie in meiner Pegida-Rede geäußert habe.

▶ Richtig, Sie überspitzen und provozieren, verdrehen und verdrängen seit längerer Zeit öffentlich. Weshalb kam es jetzt zu so einer öffentlichen Ächtung, was ist der Unterschied zu Ihren früheren Tiraden?

Akif Pirinçci: Der Unterschied ist Pegida. Dort läuft es ab wie auf einem Rockkonzert, zumindest nach meinem persönlichen

Eindruck. Meine Texte lassen sich kaum als Wortbeiträge rüberbringen, wie es auf diesen Versammlungen üblich ist.

▶ Waren Sie deshalb erstaunt, als das Publikum Sie gegen Ende ausbuhte und Lutz Bachmann Ihren Vortrag unterbrach?

Akif Pirinçci: Na klar. Auf meinen Lesungen, wenn ich meine Bücher vorstelle, begegne ich ja meistens nur Fans, die meine Werke schon kennen und mich loben: "Akif Pirinçci, Du bist der Größte", die mit mir diskutieren oder auch nur ein signiertes Exemplar erwerben möchten. Was die Veranstaltung angeht, da habe ich gedacht, ich lese dort etwas, so wie ich schreibe. Das war aber ein Fehler und für eine Rede dort gar nicht geeignet. Dort möchte man wohl eher hören "Hallo Dresden, hört Ihr mich?", "Solidarität", "Clap your Hands" und ähnliche Schmonzetten. Es war eine falsche Entscheidung, dort gelesen zu haben."

▶ Inhaltlich bereuen Sie also gar nichts?

Akif Pirinçci: Nein. Was die Presse jetzt macht, indem man sich ein paar Sätze herauspickt, diese aus dem Zusammenhang reißt, halte ich für infam. Mittlerweile ist man schon dazu übergangen, Sachen einfach zu erfinden. Irgendwo war zu lesen, fragen Sie mich bitte nicht wo, es gibt so viele Artikel über mich, ich hätte was von "Asylschlampen" gesagt.

▶ Das haben Sie wohl nicht. Sie verwendeten aber Begriffe wie "Muslim-Müllhalde" oder "Muslimsaft" und ähnliche

Schmähbegriffe.

Akif Pirinçci: Moment,diese Begriffe waren darauf bezogen, dass eine Volkshochschule in Berlin aufgrund der Präsenz von Flüchtlingen Akte von der Wand genommen hat, worauf ein Vertreter einer islamischen Gemeinde geäußert hat, das wäre auch richtig so, da die Flüchtlinge traumatisiert seien und beim Anblick der nackten Körper geschockt wären. Daraufhin habe ich überspitzt formuliert, die Flüchtlinge würden einen Herzinfarkt bekommen, nachdem sie über die Frauen hergefallen wären und ihren "Muslimsaft" hineingepumpt hätten - als Witz bezogen auf die vorher getätigten Erklärungsversuche.

Pirinçci erwartet einen Sex-Krieg

▶ Sie reißen dann auch Zitate oder Sachverhalte aus dem Zusammenhang, wie Sie es bei dem Vorgehen der Presse gegenüber Ihrer Person kritisieren!

Akif Pirinçci: Das ist doch nicht vergleichbar. Das wäre doch so, als wenn ich einen Roman schreiben würde oder den Protagonisten äußern ließe: "Ich bringe alle Menschen um!" - und am nächsten Tage würde in der Presse stehen: "Herr Pirinçci sagt: Ich bringe alle Menschen um!"

▶ Nun, das eine ist, was eine Romanfigur sagt, und etwas anderes, wie sich ein Autor öffentlich äußert. Sie sind doch ein Profi und hätten ahnen müssen, welche Lawine Sie mit Ihren Tiraden in

Dresden auslösen. Gerade angesichts der Tatsache, dass Sie ja in Ihren Büchern und Texten auch die Rolle der Medien kritisch hinterfragen und heftig kritisieren. Könnte es also nicht sein, dass Sie die Bühne in Dresden dankbar nutzen wollten, um Ihr neues Buch zu vermarkten, dass aber dieser Schuss dann nach hinten los ging?

Akif Pirinçci: Erstens: Niemand hat mir zu befehlen, wo ich hingehe oder wie ich nicht hinzugehen habe. Zweitens: Wir haben Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Kunstfreiheit in diesem Land. Journalisten haben auch nicht darüber zu befinden, was und wo gesagt wird. Drittens: Würde ich sagen: Bringt Angela Merkel um, dann muss die Staatsanwaltschaft eingreifen, ist doch klar.

Solange ich aber keine Aufrufe zur Gewalt tätige, darf ich eigentlich sagen, was ich möchte. Inzwischen ist es in Deutschland aber so, dass die Presse es nicht mehr akzeptiert, wenn jemand eine andere Meinung vertritt oder Kritik übt. Dann soll diese Stimme zerstört werden. Alle meine Bücher sind nicht mehr verkäuflich, sie sind weder im Buchhandel noch über das Internet erhältlich, das ist unfassbar. Sogar mein Hauptverlag Random House hat mir alle Verträge gekündigt.

▶ Mit welcher Begründung?

Akif Pirinçci: Der juristische Dreh zur Begründung lautet, dass die Urheber von Hasskommentaren auf Facebook auch entlassen

werden. Allerdings werde ich nicht gegen Random House klagen, da ich mit diesem Verlag sehr schöne Erinnerungen verbinde und ca. 6 Millionen Bücher verkaufen konnte.

▶ Haben Sie sich dieser Tage vielleicht einmal gesagt: "Ach 'kleiner Akif', wäre ich bloß bei meinen Katzenbüchern geblieben"? Gab es solche Selbstzweifel?"

Akif Pirinçci: Nein!

▶ Immerhin haben Sie sich jetzt erheblichen Ärger eingehandelt.

Akif Pirinçci: Ärger klingt wohl etwas zu harmlos. Meine Existenz wurde zerstört.

▶ Wie gehen Sie damit um, wie fühlen Sie sich momentan?

Akif Pirinçci: Ach, ich bin inzwischen 56 Jahre alt. Wäre ich 36 oder 26, dann hätte mich wahrscheinlich alles mehr erregt. Aber ich hatte ein so schönes Leben, ich bin ein 'talented asshole', wie die Amerikaner sagen. Mit mir wurden Millionen verdient - 1992 hat der Goldmannverlag 4 % des Jahresumsatzes mit mir gemacht. Ich habe so viele hübsche Frauen gefickt!

▶ Sie benutzen gerne Fäkalsprache oder drücken sich häufig vulgär aus. Weshalb sind Sie von dem Thema Sex verbal so besessen? Haben Sie selbst zu wenig Sex?

Akif Pirinçci: Nein, momentan habe ich eine 26-jährige Freundin!

▶ Wer von Ihren Freunden steht eigentlich noch zu Ihnen?

Akif Pirinçci: Ganz viele!

▶ Tatjana Festerling zum Beispiel, die Sie auf die erwähnte Pegida-Veranstaltung eingeladen hat?

Akif Pirinçci: Ach, Tatjana Festerling ist nun keine so enge Freundin von mir, so wie die ganzen anderen Leute von dort unten aus Dresden auch nicht.

▶ Wer ist eigentlich Ihr literarisches Vorbild, gibt es jemandem, einen Schriftsteller, von dessen Stil Sie sich inspirieren ließen?

Akif Pirinçci: Charles Bukowski und Wladimir Nabokow mit absoluter Sicherheit!

▶ Gehen Sie denn aktuell noch davon aus, dass ein literarischer Stil, wie Sie ihn verkörpern, mittelfristig noch Zukunft hat - oder neigt sich das dem Ende entgegen?

Akif Pirinçci: Nein, das wird jetzt erst so richtig losgehen, denn Deutschland hat sich ja verändert, was sich auch in der Literatur ausdrücken wird. In Kürze gibt es einen Beitrag über mich in der Sendung Kulturzeit, in dem der Frage nachgegangen wird, weshalb die Sprache verroht. Und die Antwort darauf ist ganz einfach, es liegt daran, dass sich die Realität verändert hat, was von vielen Journalisten, wie beispielsweise bei der Zeit, einfach noch nicht zur Kenntnis genommen wurde. Es strömen ja momentan kräftige muslimische Männer ins Land, weshalb es zu einem Sexkrieg kommen wird.

▶ Wie bitte?

Akif Pirinçci: Es wird zu einem Sex-Krieg kommen, da es bald einen deutlichen Männerüberschuss geben wird, da 80% der Flüchtlinge Männer sind, die ihre Familien im Kriegsgebiet gelassen haben. Mein Vater hätte sich übrigens eher selbst kastriert, als uns in der Türkei zurück zu lassen.

▶ Der Vergleich hinkt doch Herr Pirinçci, da damals in der Türkei kein Krieg herrschte und die meisten Flüchtlinge von ihren Familien vorgeschickt werden, schon aufgrund der Sicherheit und der Kosten, in der Hoffnung, dass dann die Familien nachgeholt werden.

Akif Pirinçci: Wie auch immer, nun kommen Millionen von Männern ins Land, die auch sexuell aktiv sind (damit meine ich gar nicht Vergewaltigungen) - bei begrenzter Verfügungsmasse von Frauen im sexuell attraktiven Alter. Deshalb kommt der Sex-Krieg, da die Männer einer Spermien-Konkurrenz ausgesetzt sind.

▶ Weshalb sind Sie von diesem Thema so besessen? Mit der Bitte um eine klare Antwort auf eine klare Frage.

Akif Pirinçci: Ganz einfach. Es geht nur um Männer in dieser Welt. Emanzipation der Frau (vor der man sich ja verbeugen kann) hin oder her. Aber, das ist alles dummes Gerede, denn 80% des Bruttosozialproduktes wird von Männern erwirtschaftet. In meinem neuen Buch *Die große Verschwulung* beschreibe ich, wie die

Öffentlichkeit fälschlicherweise davon ausgeht, dass alles rationale Ursachen hat, dabei ist es der Evolution gleichgültig, ob man Mann oder Frau ist, oder links, oder rechts.

"Ich würde deshalb empfehlen, dass man kleinen Jungen Kampfboxen beibringt, anstatt Gendermainstreaming"

▶ Sie erwähnten gerade Ihr neues Buch. Eigentlich müssten die von Ihnen beschrieben Zuwanderungsszenarien doch die von Ihnen beschriebene "Verschwulung" beenden?"

Akif Pirinçci: Ja, damit haben Sie allerdings Recht, die Verschwulung wird dadurch beendet.

▶ Bei Ihrer Ablehnung von Schwulen ähneln Sie auch den Salafisten. Ist Ihnen das bewusst.

Akif Pirinçci: In meinem neuen Buch geht es kaum um Schwule, sondern um die Aberkennung der Männlichkeit der Männer, wie das in unserem Land praktiziert wird.

▶ Könnten Sie das bitte einmal konkretisieren?

Akif Pirinçci: Mein Sohn, der demnächst 18 wird, wächst auch verschwult auf. Der Titel ist natürlich auch ein Verkaufsslogan, das gebe ich gerne zu. Das Buch geht nur zu einem geringen Teil um Schwule. *Die große Verschwulung* handelt von der Verweichlichung des deutschen Mannes zu Gunsten von Männern, die jetzt kommen und gegen die die deutschen Männer ausgetauscht werden sollen -

durch echte Männer.

▶ Und wer soll Ihrer Meinung dahinter stecken, wer hätte etwas von diesem Ziel?

Akif Pirinçci: Niemand, das ist doch keine Verschwörungstheorie. Denken Sie etwa, ich bin ein Verschwörungstheoretiker? Wenn unseren Kindern in der Schule beigebracht wird, alle Konflikte ließen sich gewaltfrei lösen, dann ist das aber ein Fehler. Neulich wurde ein Mann von zwei Jugendlichen an einem Bahnhof totgetreten, weil er ihnen keine Zigaretten geben wollte. Versuchen Sie bitte mal jemanden nur mit Fäusten umzubringen.

▶ Das habe ich noch nicht versucht!

Akif Pirinçci: Ja, ich auch nicht. Aber überlegen Sie mal, was da dazugehört, welches Gewaltpotential. Ich würde deshalb empfehlen, dass man kleinen Jungen Kampfboxen beibringt, anstatt Gendermainstreaming, um vorbereitet zu sein.

▶ Sie sehen also eine in bürgerkriegsähnlichen Zuständen versinkende Gesellschaft in Deutschland auf uns zukommen?

Akif Pirinçci: Nein, das sehe ich nicht, weil halt die Deutschen verschwult sind. Die gehen immer noch arbeiten, als wäre nichts geschehen.

▶ Wenn Ihre Prognosen richtig wären, dann könnten Sie doch durch Ihre Bücher auch nichts dagegen ausrichten, oder? Historische Abläufe und demographische Tendenzen werden ja

nicht gestoppt, weil Sie provokante Bücher verfassen oder Frau Festerling bei Pegida in die Menge brüllt?

Akif Pirinçci: Ja, da haben Sie völlig Recht. Aber ich muss ja von irgend etwas leben!

▶ Sind Sie vielleicht ein Melancholiker mit Vorahnungen, der begriffen hat, dass seine Zeit, seine Epoche verschwindet, und der sich nicht dagegen auflehnen kann?

Akif Pirinçci: Ja, mit absoluter Sicherheit. Deutschland war ein so schönes Land, ich habe deutsche Politiker angebetet, alles funktionierte, herrlich.

▶ Haben Sie eigentlich nie ausländerfeindliche Erfahrungen sammeln müssen?

Akif Pirinçci: Doch, einmal. An unserer Schule, da gab es einen Ausschank, wo wir uns mit Getränken und Süßigkeiten eindecken konnten. Ich war vielleicht 14 und der Hausmeister wie auch seine Frau waren wohl Rassisten. Als ich mein Getränk bezahlte, hat sie mein Geldstück in der Hand behalten und gesagt: "Igitt, Mokka" - aber das waren halt Proletarier.

▶ Hatten Sie neulich in Dresden vielleicht den Eindruck, dass Sie Ihre Rede vor Menschen gehalten haben, die dem Typus des Hausmeister-Ehepaares von damals entsprechen?

Akif Pirinçci: Nein - (ohne dass ich da jetzt über alle Pegida-Teilnehmer sprechen könnte). Viele von denen sind Unternehmer,

besitzen Weinberge etc ... zumindest die, die ich kennengelernt habe. Viele von denen haben ausländische Freunde. Meine eigenen Freunde sind kaum Deutsche, sondern international aufgestellt.

Es geht hier aber um einen deutschen Grundkonsens, um den Erhalt der deutschen, bzw. westlichen Kultur. Ich habe auch nichts gegen Flüchtlinge. Es ist aber nicht so, wie die Politiker erzählen: "Da kommen die Flüchtlingen, dann geht es in die Fabrik, die nennt sich Integration, da gehen die am Eingang hinein und kommen als Bundesbürger wieder hinaus."

▶ Haben Sie eigentlich das Gefühl, dass an Ihnen aufgrund der medialen Aufregung um Ihre Person ein Exempel statuiert wird, was vielleicht damit zu tun hat, dass Sie als Deutscher mit türkischem Migrationshintergrund nicht die Rolle spielen, die manche von Ihnen erwarten würden?

Akif Pirinçci: Egal - meine Existenz ist eh zerstört. Meine größte Sorge ist: Ich habe momentan ja soviel Aufmerksamkeit, also negative Aufmerksamkeit, dass ich vielleicht süchtig werden könnte davon, wenn es mal wieder vorbei damit ist.

"Pussycats"

Martin van Creveld glaubt, dass der Westen zu verweichlicht ist, um in Zukunft noch Kriege zu gewinnen

Martin van Crefeld ist der wahrscheinlich bekannteste und gleichzeitig umstrittenste israelische Militärhistoriker. Ramon Schack sprach mit dem emeritierten Professor für Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem über dessen Pussycats-These, Israel und den Iran.

▶ Herr Professor van Creveld, würden Sie das demographische Profil (beziehungsweise die demographischen Prognosen) für die meisten westlichen Gesellschaften als Sicherheitsrisiko ansehen?

Martin van Creveld: Absolut. "Krieg ist etwas für die Jugend", so hatte es Napoleon einst ausgedrückt. Alte Menschen können keine Kriege führen. Die "Strapazen", um es mit einem Ausdruck von Clausewitz zu verdeutlichen, sowohl geistig als auch körperlich, sind dafür einfach zu groß. Das gilt heute noch genauso wie früher.

▶ In Ihrem Buch "Pussycats" - sicherlich eines Ihrer umstritteneren Werke - analysieren Sie, weshalb die historische technologische Überlegenheit des Westens in militärischen Belangen erodiert. Ist diese von Ihnen skizzierte Perspektive nicht etwas zu pessimistisch - angesichts der Tatsachen, dass die USA größere Militärausgaben haben als der Rest der Welt zusammen und dass im Westen

allgemein mehr für die Verteidigung ausgegeben wird als in Schwellenländern?

Martin van Creveld: Ich fürchte, ich muss Sie zunächst einmal korrigieren. Mein Buch "Pussycats" handelt nicht von Technologie - oder gar Militärtechnologie. Es geht in dem Buch ausschließlich um das Töten (beziehungsweise den Willen zu töten, wenn es notwendig ist, was ich in einem Buch, das ich vor langer Zeit geschrieben habe,"Kampfkraft" nannte). Basierend auf der Tatsache, dass jedes Mal, wenn westliche Truppen auf die eine oder andere Art besiegt werden, wenn sie in der sogenannten Dritten Welt operieren. Dieses Faktum verdeutlicht, dass "Kampfkraft" im Westen nicht mehr existiert.

▶ Könnten Sie diese Aussage bitte etwas spezifizieren?

Martin van Creveld: Gerne. Schon seit einigen Jahrzehnten hat sich das westliche Militär, welches sich selbst rühmt, die am besten ausgebildeten und am besten organisierten Truppen in der Geschichte zu besitzen, in einen Haufen von Pussycats verwandelt.

Als Pussycat taumelt die westliche Militärmaschinerie von einer Niederlage zur anderen.

Klar: 1999 siegte die NATO und konnte Serbien ihren Willen aufdrücken - aber auch nur, weil der Gegner schwach und aufgebraucht war nach Jahren des Bürgerkrieges, und weil er bezüglich militärischer Stärke nur auf Platz 35 der Weltrangliste

stand. Aber auch dieser Sieg wurde nur errungen, weil Serbien (oder das damalige Rest-Jugoslawien) absolut ohne Luftverteidigung da stand.

Das gleiche trifft auch für Libyen im Jahr 2011 zu. Dort verrichteten einheimische Bodentruppen die schmutzige Arbeit, Mann gegen Mann - woran die westliche Allianz unter Führung der USA gescheitert wäre.

▶ Die Infanterie bleibt also unentbehrlich?

Martin van Creveld: Ja, der Westen verfügt über eine haushohe Überlegenheit zu Luft und auch zu Wasser, aber schon lange nicht mehr am Boden, was langfristige Siege inklusive einer Besetzung erschwert.

▶ Aber was hat nun die Überlegenheit der westlichen Militärs ins Wanken gebracht? Die wachsende Stärke des Gegners - oder liegen die Ursachen in der Struktur unserer Gesellschaft?

Martin van Creveld: In meinem neuen Buch verfolge ich die Ursachen für dieses Problem zurück.

Erstens zur Art und Weise, wie im Westen heute die Kindererziehung stattfindet. Bei den wenigen Kindern, die es dort gibt, wird das Erwachsenwerden durch Überwachung und Verhätscheln verhindert.

Zweitens zur Tatsache, dass wir das Gleiche mit unseren Truppen vollziehen, indem wir diese wie Babies behandeln und ihnen

untersagen, ihre militärische Tätigkeit mit Stolz auszuüben.

Drittens zur Feminisierung der Militärkraft, was alle möglichen Probleme verursacht und eine Situation herbeiführt, in der Soldaten die Anschuldigung der sexuellen Belästigung (häufig zu Unrecht) mehr fürchten als den Feind.

Viertens zur Art und Weise, wie wir postraumatische Belastungsstörungen glorifizieren und zur Modediagnose erheben.

Und fünftens zur Art und Weise, wie wir Rechte über Pflichten stellen.

"Arme Würstchen"

▶ Es gibt Stimmen in Europa, die die jüngsten Einwanderungswellen aus den islamischen Ländern des Nahen Ostens als demographische Waffe interpretieren, als sogenannte "menschliche Wellen". Was denken Sie darüber?

Martin van Creveld: Das bezweifele ich. Bei 90% und mehr der Flüchtlinge handelt es sich um Menschen, die Sie in Deutschland als "arme Würstchen" zu bezeichnen pflegen. Sie fliehen vor den Kämpfen, vor dem Tod, für Ihre Familien und für sich selbst. Sie und ich würden das unter ähnlichen Umständen ebenso versuchen. Das heißt natürlich nicht, dass Terroristen nicht versuchen würden, unter den Flüchtlingen neue Kämpfer zu rekrutieren. Natürlich nicht.

▶ Kommen wir bitte auf Israel zu sprechen. Eine Ihrer Thesen lautet, der Iran wolle die Atombombe nicht, um damit Israel zu vernichten, sondern um das strategische Ungleichgewicht gegenüber den Vereinigten Staaten auszugleichen.

Martin van Creveld: David Ben Gurion hat den Iran immer als einen natürlichen Alliierten betrachtet, als einen potenziellen Partner Israels, aufgrund seiner geopolitischen Position als nicht-arabische Regionalmacht in der Region.

▶ Sind Sie der Meinung, diese Auffassung habe heute immer noch eine gewisse Gültigkeit - unabhängig von den aktuellen Spannungen zwischen beiden Staaten?

Sandwich-Theorie

Martin van Creveld: Ben Gurions Theorie basierte auf der sogenannten Sandwich-Theorie der internationalen Beziehungen, wonach der Feind eines Feindes ein Freund ist.

Ben Gurion sprach von den sogenannten peripheren Staaten, den nicht-arabischen Staaten wie Äthiopien, der Türkei und dem Iran, mit denen Israel eine enge Kooperation anstreben sollte, um der Umzingelung durch feindlich gesinnte arabische Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft zu entgehen.

Das hat damals funktioniert. Bis 1979 war der kaiserliche Iran ein enger Verbündeter Israels. Sogar nach der Revolution dort, während des ersten Golfkrieges zwischen dem Iran und Irak in den

1980er Jahren, verkaufte Israel Waffen an den Iran und schickte militärische Berater, um die Iraner beim Kampf gegen Saddam Hussein zu unterstützen. Seit 1988, seit dem Ende dieses Krieges, hat diese Theorie allerdings nicht mehr funktioniert.

Ob eine Neuauflage möglich ist? Vielleicht. In diesem Zusammenhang fällt mir ein Zitat von Lord Salisbury ein, der Ende des 19. Jahrhunderts mehrere Male Premierminister von Großbritannien war: "Großbritannien hat keine ewigen Freunde, aber ewige Interessen!"

▶ Sie haben einmal den Iran als den wahren Sieger des Irak-Krieges von 2003 bezeichnet. Ferner vertreten Sie die Auffassung, die Welt müsse lernen, mit einem nuklearen Iran zu leben, wie sie gelernt hat, mit einem nuklearen China oder einer nuklearen Sowjetunion zu leben. Weshalb sind Sie der Überzeugung, Israel sei nicht in Gefahr von einem nuklearem Iran angegriffen zu werden, wie es die veröffentlichte Meinung im Westen bisweilen suggeriert?

Martin van Creveld: Mit dem Sturz des Hussein-Regimes im Irak wurde der gefährlichste Gegner des Iran am Persischen Golf entscheidend geschwächt. Durch den Aufstieg der Schia im Irak seit dem Jahr 2003 ist der iranische Einfluss dort stetig am Wachsen. Ich denke, es besteht kein Zweifel daran, dass der Iran der große Sieger dieses Krieges war und ist.

Es gibt zwei Gründe, warum ich der Meinung bin, dass Israel nicht

in Gefahr ist, von einem nuklear bewaffnetem Iran angegriffen zu werden:

Erstens besteht die wahre Motivation für eine mögliche nukleare Bewaffnung des Irans nicht in einer Konfrontation mit Israel, sondern sie dient der Selbstverteidigung für den Fall eines möglichen amerikanischen Angriffs.

Zweitens besitzt Israel genug schlagkräftige Möglichkeiten, einen iranischen Angriff abzuwehren, sollte es dazu kommen. So suizidal ist die iranische Führung nicht veranlagt, um diese erwähnte Möglichkeit in Betracht zu ziehen.

Ich habe auch noch keinen erwähnenswerten Iran-Experten getroffen, der davon ausgeht, dass der Iran einen Atomkrieg gegen Israel plant. Die Gefahr einer iranischen Atombombe wird permanent übertrieben.

▶ Yuval Diskinm, der ehemalige Chef des Inlandsgeheimdienstes bezeichnete Premierminister Netanjahu als ein unzuverlässiges Staatsoberhaupt, der vom Iran besessen sei.

Martin van Creveld: Ich stimme mit Diskinm dahingehend überein, dass es sich bei Netanjahu um einen unzuverlässigen Politiker handelt.

Netanjahu ist aber kein Lügner, denn ein Lügner weiß, dass er lügt.

Netanjahu ist ein Quatschkopf, der quatscht und verbreitet, was ihm gerade so im Kopf herumspringt.

Auch stimmt es, dass er vom Iran besessen ist, ohne aber die nötige Sachkenntnis zu besitzen - bei gleichzeitiger Ignoranz gegenüber anderen Problemen.

▶ Vielen Dank, Herr Professor van Creveld.

Scholl-Latour: "Wir leben in einer Zeit der Massenverblödung"

Zu seinem 90. Geburtstag wirft der Journalist und Islamexperte, der Gott und die Welt kennt, einen Blick auf sein Leben und auch auf die Krise in der Ukraine

▶ Herr Scholl-Latour, Sie feiern heute [9. März 2014] Ihren 90. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch.

Peter Scholl-Latour: Vielen Dank.

▶ Wie fühlen Sie sich?

Peter Scholl-Latour: Ein guter Freund sagte mir einmal, wenn man über 50 ist und ohne kleine Schmerzen aufwacht, dann ist man schon tot. In diesem Sinne geht es mir gut.

▶ Ihr ganzes Leben war eine Suche nach dem, was die Franzosen "Les émotions fortes" nennen, die Suche nach den starken Gefühlen, beziehungsweise nach den starken Erlebnissen. So haben Sie es einmal ausgedrückt. Daran dürfte es Ihnen nie gemangelt haben. Sie haben alle Länder der Welt bereist, sind unzähligen Personen der Zeitgeschichte und historischen Persönlichkeiten begegnet, wurden Zeuge von historischen Umwälzungen.

Peter Scholl-Latour: Was mich jetzt, am Ende meiner Lebenszeit,

mit einer gewissen Ergriffenheit erfüllt, auch mit einer gewissen Genugtuung, ist die Tatsache, dass ich in der Tat sehr viele dieser starken Erlebnisse hatte, obwohl ich schon im Alter von 20 Jahren fast vor dem Aus stand.. Bei diesen starken Erlebnissen handelt es sich nicht nur um gefährliche Situationen, beispielsweise in einem Kriegs- oder Krisengebiet, von denen ich sehr viel erlebt habe, dabei kann es sich auch um den Ausblick auf eine wunderschöne Landschaft handeln oder ähnliches.

▶ Sie sind immer auf Reisen, pendeln gemeinsam mit Ihrer Frau zwischen Ihren Wohnsitzen in Paris, Berlin, Südfrankreich und am Rhein hin und her. Aktuell schreiben Sie an einem neuen Buch und an Ihrer Biographie. Zur Ruhe kommen werden Sie nicht mehr, oder?

Peter Scholl-Latour: Nein, solange ich noch in der körperlichen und geistigen Verfassung dafür bin, werde ich weiter aktiv bleiben. Wenn der Tod kommt, dann kommt er. Es ist schon erstaunlich, dass er erst so spät kommt.

▶ Sie haben den Tod nie gefürchtet?

Peter Scholl-Latour: Nein. Sterben kann fürchterlich sein, aber der Tod ist so natürlich wie das Leben.

▶ Sie sind dem Tod im Laufe Ihres langen Berufslebens häufig begegnet.

Peter Scholl-Latour: Ja, ich habe schon vor vielen Leichenbergen

gestanden, nicht nur in Vietnam. Wobei mich der Anblick einer Leiche weniger berührt als der Anblick eines schwer Verwundeten.



Peter Scholl-Latour. Bild: Bernd Andres/CC-BY-SA-3.0

▶ Der von Ihnen geschätzte Charles De Gaulle sagte einmal: "Das Alter ist ein Schiffbruch." Sehen Sie das auch so?

Peter Scholl-Latour: Ich bin mir gar nicht sicher, ob De Gaulle damit sich selbst meinte. Möglicherweise bezog er diese Aussage auf Marschall Pétain, der nach dem 2. Weltkrieg ja als Verbündeter der Nazis seine Haft antreten musste. Ich selbst sehe das Alter bisher nicht als Schiffbruch.

▶ Würden Sie sich heute noch als Gaullist definieren?

Peter Scholl-Latour: André Malraux sagte einmal "Gaullismus ohne De Gaulle ist idiotisch", was ja richtig ist. Allerdings, gemessen an dem heutigen Führungspersonal, Hollande wie auch Sarkozy, kann man schon eine gewisse Nostalgie entwickeln, nicht wahr?

▶ Gilt das auch für die politische Klasse in Deutschland?

Peter Scholl-Latour: Sicherlich, wobei Deutschland mit Angela Merkel ja noch großes Glück hat. Die fatale Auszehrung des politischen Personals in Europa hält aber trotzdem an.

▶ Sie haben einmal geschrieben, Sie haben im Laufe Ihres Lebens eine Welt des Rückzugs erlebt. Was meinen Sie damit?

Peter Scholl-Latour: Damit meine ich, den Rückzug des weltpolitischen Einflusses Europa, der ja bis heute anhält. Als ich als junger Mann meine Tätigkeit als Journalist begann, wehte noch die französische oder britische Fahne über einem Großteil des Erdballs.

Damit ist es vorbei, wobei der Rückzug ja noch anhält, unter veränderten Rahmenbedingungen.

▶ Könnten Sie das bitte etwas ausführen?

Peter Scholl-Latour: Europa steht heute ohne jegliches religiöses Bewusstsein da, in einer Welt, die überall immer religiöser wird, was eine Schwäche ist, angesichts dieses Aufbruchs der Mythen.

▶ Sie erblickten am 9. März 1924 das Licht der Welt in Bochum, wuchsen als Kind in großbürgerlichen Verhältnissen auf. Wie war das Verhältnis Ihrer Eltern zur Weimarer Republik?

Peter Scholl-Latour: Meine Eltern standen der Republik von Weimar kritisch gegenüber, wie nicht wenige ihrer Zeitgenossen. Erst als die Republik mit dem Aufstieg der NSDAP Ihrem Ende entgegen taumelte, wurden sie angesichts der damit verbundenen Gefahren zu Verteidigern der Republik.

▶ Sie sprachen gerade von den Gefahren bezüglich des NS-Regimes. Haben Sie als Kind die Sorgen Ihrer Eltern wahrgenommen?

Peter Scholl-Latour: Sicherlich. Zwar wuchsen meine Schwester und ich unter privilegierten, ja großbürgerlichen Verhältnissen auf, mein Vater war Arzt, doch machten sich meine Eltern, besonders meine Mutter, über den Charakter dieses kommenden Regimes keine Illusionen. Sie vermittelten dies auch ihren Kindern.

▶ Deshalb wurden Sie auch von Ihren Eltern nach dem

Machtantritt der Nazis auf ein katholisches Internat in der Schweiz geschickt.

Peter Scholl-Latour: Ja, das war 1935. Nach den sogenannten Nürnberger Gesetzen galt ich ja als Mischling ersten Grades. Meine Eltern wollten mir somit eine Indoktrination durch das NS-Bildungssystem als auch die damit verbundenen Diskriminierung ersparen.

Zu Ukraine: "Haben die Deutschen jedes Gespür für die Tragik der eigenen Geschichte verloren?"

In der Gestapo-Gefangenschaft lernte Scholl-Latour die Abgründe der menschlichen Natur kennen

▶ Ihre Mutter war getaufte Christin, stammte aber aus einer jüdischen Familie. Fast Ihr gesamtes Leben lang waren nur enge Freunde und Bekannte darüber informiert, dass Sie und Ihre Familie im 3. Reich Verfolgungen ausgesetzt waren. Weshalb haben Sie so lange darüber geschwiegen?

Peter Scholl-Latour: Nun, ich hatte nie die Absicht, auf meinem Status als Opfer der Nazis im Nachkriegsdeutschland zu pochen. Da gab und gibt es ja auch viele Wichtigtuer, die sich nachträglich gerne als irgendeine Art von Widerstandskämpfern darstellten. Es gab und gibt ja auch viel zu viele Menschen, die sich etwas auf ihre Religionszugehörigkeit einbilden. Dieses Phänomen ist unter allen

Religionen zu beobachten, auch gerade heute.

▶ Sie selbst gerieten allerdings am Ende des 2. Weltkrieges noch in die Hände der Gestapo.

Peter Scholl-Latour: Ja, ich versuchte damals dem Regime, welches mir nicht wohlgesonnen war, zu entkommen. Erst plante ich an der Westfront durch die Frontlinien zu gelangen, was aber misslang. Deshalb versuchte ich anschließend, mich in Jugoslawien Titos Partisanen anzuschließen, dabei wurde ich dann in Kärnten erwischt und geriet der Gestapo in die Hände. Das war ein Stahlbad. Die Erfahrungen in den Kerkern der Gestapo haben mich gestärkt, gerade auch gegenüber späteren Herausforderungen und Krisensituationen im Leben.

▶ Sie wurden auch gefoltert?

Peter Scholl-Latour: Ja. Ich werde aber keine Details erwähnen, ich bitte um Ihr Verständnis. Nur so viel möchte ich Ihnen mitteilen, damals, als junger Mann von 21 Jahren, lernte ich die Abgründe der menschlichen Natur kennen. Ich bin aber auch immer Heiligen begegnet. Der Mensch ist halt beides - böse und gut -, und es kommt auch immer auf die Umstände an, welche Seite dominiert. Diesbezüglich geben wir uns heute gerne immer wieder irgendwelcher Illusionen hin. Deshalb gibt es ja auch die Religion, nicht um den Menschen gut, sondern um ihn erträglich zu machen, wobei Religion natürlich auch immer missbraucht wurde und wird.

"Ich muss mal wieder raus"

▶ 1929 veröffentlichte der spanische Philosoph José Ortega y Gasset sein berühmtes Werk "Der Aufstand der Massen". Leben wir heute in einem Zeitalter der Massen?

Peter Scholl-Latour: Wir leben in einem Zeitalter der Massenverblödung, besonders der medialen Massenverblödung.

▶ Inwiefern?

Peter Scholl-Latour: Wenn Sie sich einmal anschauen, wie einseitig die hiesigen Medien, von TAZ bis Welt, über die Ereignisse in der Ukraine berichten, dann kann man wirklich von einer Desinformation im großen Stil berichten, flankiert von den technischen Möglichkeiten des digitalen Zeitalters, dann kann man nur feststellen, die Globalisierung hat in der Medienwelt zu einer betrüblichen Provinzialisierung geführt. Ähnliches fand und findet ja bezüglich Syrien und anderen Krisenherden statt.

▶ Halten Sie die Entwicklung für gefährlich?

Peter Scholl-Latour: Ja, vor allem auch für die EU. Ich frage mich, was sich die EU von einer Annäherung der Ukraine erhofft. In Brüssel sollte man sich besser auf eine Konzentration und Konsolidierung ausrichten, statt die Ausweitung nach Osten voranzutreiben. Schon mit der Aufnahme Rumäniens und Bulgariens haben sich die Kommissare in Brüssel übernommen. Käme nun noch die Republik von Kiew hinzu, wo von den Tataren

die Wurzeln des heutigen Russlands gelegt wurden und die Bekehrung zum Christentum stattfand, dann würde das aufgeblähte Territorium der fragilen Europäischen Union bis rund dreihundert Kilometer an jenes Schlachtfeld heranrücken, das unter dem Namen Stalingrad berühmt wurde. Haben die Deutschen jedes Gespür für die Tragik der eigenen Geschichte verloren?

▶ Wie werden Sie Ihren heutigen Ehrentag begehen?

Peter Scholl-Latour: Mein Verlag hat eine kleine Feier organisiert. In wenigen Tagen werde ich wieder verreisen, in den Tschad, ich muss mal wieder raus.

▶ Vielen Dank Peter Scholl-Latour.

Pilgerfahrt durch die Welt des islamischen Mittelalters

Erich Follath über Ibn Battuta, den "König aller Reisenden"

Ibn Battuta wird als der "Marco Polo des Orients" gehandelt. Der Mann aus Tanger bereiste im 14. Jahrhundert weite Teile der damals bekannten Welt, seine 30-jährige Odyssee führte ihn von Marokko über Mekka, Konstantinopel und die Krim bis nach Samarkand, Indien, Indonesien und China. Das einigende Band der von ihm bereisten Länder war der Islam, den Ibn Battuta in seinen Schriften als Religion des Fortschritts und der Toleranz schildert.



Foto: Imre Solt. Lizenz: CC BY-SA 3.0

700 Jahre nach Ibn Battuta hat sich Erich Follath auf die Spuren des "Königs aller Reisenden" begeben und begegnet einer fundamental veränderten islamischen Welt: An zwölf Orten, die Ibn Battuta wichtig waren und die immer noch einen besonderen Klang haben, zeigt Follath eindrucksvoll, wo die islamische Welt heute steht, mit welchen Problemen sie kämpft und welche Herausforderungen sie zu bewältigen hat. Sein Buch ist eine Spurensuche nach einer der geheimnisvollsten Persönlichkeiten des Mittelalters, eine Nachforschung, die alte Stätten und aktuelle Brandherde der Politik erklärt und dem Leser faszinierende Einblicke in Geschichte und Gegenwart der islamischen Welt eröffnet.

▶ Herr Follath, der aus dem marokkanischen Tanger stammende Ibn Battuta brach im Alter von 21 Jahren zu einer Pilgerfahrt nach Mekka auf. Statt zurückzukehren, reiste er immer weiter - bis nach Indien und über die Malediven auf dem Seeweg nach China. Ca. 120.000 Kilometer legte er dabei zurück, zu Fuß, auf Schiffen, er durchquerte Wüsten und Gebirge. Eine Leistung, die selbst die Expeditionen des Marco Polo übertraf. Sie haben innerhalb eines Jahres die wichtigsten Stationen des Ibn Battuta besucht und in Ihrem neuen Buch "Jenseits aller Grenzen" darüber berichtet. Was hatte Sie bewogen, rund sieben Jahrhunderte nach dem Tode Battutas auf dessen Spuren zu wandeln?

Erich Follath: Während meiner jahrzehntelangen Reisen um die

Welt stieß ich immer wieder auf eine Figur, von der - vor allem im arabischen Raum - erzählt wurde: Es handelte sich um Ibn Battuta. Dann hatte mein langjähriger Freund und Kollege Peter Scholl-Latour immer Ibn Battutas Werk "Rihla" bei sich auf Reisen. "Rihla" bedeutet auf Deutsch "Die Reise", es handelt sich um seine Lebenserinnerungen und Reiseberichte. Dadurch wurde ich neugierig, besorgte mir das Werk und war begeistert.

Ende 2014 entschied ich mich dafür, mich für ein Jahr auf die Spuren Battutas zu begeben. Die gesamte Reiseroute wäre in einem Jahr nicht zu bewältigen gewesen, schon aufgrund der aktuellen politischen Lage in einigen der Länder. So entschied ich mich für 12 Reiseziele in zwölf Ländern für zwölf Monate im Jahr 2015. Von Marokko bis China.

Umma vs. Nationalstaaten

▶ Battuta bereiste die damalige islamische Welt in ihrer extremsten geographischen Ausdehnung. Sind Sie auf Ihrer Reise noch der Welt Battutas begegnet, wie er sie zu seiner Zeit beschrieben hatte. Gab es noch Spuren dieser Epoche - oder ist sie restlos untergegangen?

Erich Follath: Die Lebenszeit Ibn Battutas war eine aufregende Epoche, in der alles in Bewegung war, gesellschaftliche Strukturen, ebenso wie Politik, Waren und Menschen. Eine globalisierte Welt, die durch die Vorherrschaft einer Religion so entstanden war, des

Islam. Die Welt Battutas gibt es noch - besonders die Städte die er bereiste, von denen er fasziniert war, viel größer als damals natürlich.

Ich hatte es heute natürlich aufgrund des technischen Fortschritts wesentlich leichter, die Reise zu absolvieren.

Gleichwohl benötigte ich für den Besuch meiner zwölf Städte in zwölf Staaten elf Visa, während Battuta eine Welt vorfand, die islamische Welt, die Umma, die grenzenlos war, im wahrsten Sinne dieses Wortes.

Um aber auf Ihre Frage zurückzukommen: Natürlich bin ich der Welt Battutas begegnet, in Form des grandiosen architektonischen Erbes, der uralten Überlieferungen, der ethnischen und sozialen Vielfalt. Ich reiste durch eine globalisierte islamische Welt, ebenso wie Ibn Battuta zu seiner Zeit.

▶ In unserer globalisierten Welt von heute, die sie gerade erwähnten, werden gerade bei uns im Westen, teilweise sogar innerhalb der EU, wieder neue Grenzzäune errichtet. Grenzzäune, die Sie auch bei Ihrer Reise durch die islamische Welt überwinden mussten. Ist unser Zeitalter, der digitalisierten und globalisierten Welt möglicherweise nicht so fortschrittlich, wie wir gerne glauben möchten - auch gerade im Vergleich zur Zeit Ibn Battutas?

Erich Follath: Wir stellen fest, dass heute fast täglich irgendwelche Drahtzäune aufgestellt werden. Das Mittelalter, also das Zeitalter

Battutas (welches wir aus europäischer Perspektive - nicht zu Unrecht - als düstere Epoche betrachten), war damals in der Welt des Islams eine nahezu grenzenlose Welt - und das Gefühl einer Gemeinschaft herrschte vor. Battuta hätte sich wahrscheinlich nicht als Bürger Tangers definiert, sondern als Weltbürger, als Bürger der islamischen Gemeinschaft, was in etwas das Gleiche für ihn bedeutet hätte.

▶ Inwieweit unterscheidet sich die Welt des Islam von heute von der Welt des Islam zur Zeit, als Ibn Battuta zu seiner Reise aufbrach?

Erich Follath: Wenn man sich die islamische Welt heute anschaut, so ist diese in sehr viele verschiedene Bestandteile zerfallen ist.

Gerade in der arabischen Welt gibt es viele Militärdiktaturen, die den Islam bekämpfen - neben religiösen Diktaturen, sogenannten Gottesstaaten, die ebenfalls ihre Bürger unterdrücken. Das gemeinsame Band des Islam, wie es Battuta vorfand, scheint zerrissen.

Im nichtarabischen schiitischen Iran halten viele Bürgen ihren "Gottesstaat" für gescheitert.

Dann Saudi-Arabien, wo die Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

▶ Sie haben also nicht nur "eine Welt des Islam" vorgefunden?

Erich Follath: Nein. Von Marokko über Ägypten, von der arabischen

Halbinsel zum Iran, von Indien, über Indonesien nach China, fand ich nicht "eine" Welt des Islam vor, wie noch zu Zeiten Battutas, sondern Welten. Bunte, vielschichtige, aber auch problematische Welten. Die weltweite Glaubensgemeinschaft der Muslime - die Umma, wie sie Battuta vorfand - existiert zwar noch, aber sie hat sich über die Jahrhunderte diversifiziert, sie hat auch an Bedeutung verloren. Persönlich betrachte ich diese geschilderte Vielfalt als Chance.

Fundamentalistisch, puristisch, antipluralistisch

▶ Sie erwähnten gerade Saudi-Arabien. Salman Rushdie äußerte einmal in einem Interview: "Mithilfe des enormen Wohlstands, den unsere Petro-Dollars brachten, haben die Saudis ihre sehr fundamentalistische Version des Islam verbreitet, die zuvor innerhalb der islamischen Welt nur den Status einer Art Sekte besaß. Dadurch - durch die Verbreitung der saudischen Form - hat sich die ganze Natur des Islam zum Nachteil verändert!" Haben Sie das auch festgestellt und teilen Sie Rushdies Einschätzung, was die Mitverantwortung des Westens angeht?

Erich Follath: Die Ausbreitung der saudischen Form des Islam, des Wahhabismus, war nicht zu übersehen. Die fundamentalistische, puristische, antipluralistische Hauptströmung des Islam in Saudi-Arabien hat die Natur des Islam in der Tat zum Nachteil verwandelt. Und natürlich trägt der Westen eine Mitverantwortung daran, durch

seine Bündnispolitik. Allerdings habe ich auch in der islamischen Welt zahlreiche Bemühungen festgestellt - gerade im volkstümlichen, ländlichen Islam Ägyptens oder auch anderswo - diese Tendenzen zu verhindern.

▶ Sie traten Ihre Reise auf den Spuren Ibn Battutas zu einer Zeit an, in der im Westen die Ablehnung gegenüber Muslimen und dem Islam wächst. Zu einer Zeit, wo Terror, Bürgerkriege und Staatszerfall den Alltag des Nahen und Mittleren Ostens prägen. Gibt es etwas im Vermächtnis Ibn Battutas, das für die aktuelle Diskussion von Nutzen wäre?

Erich Follath: Eine interessante Frage. Im Herbst vergangenen Jahres waren fast zwei Drittel aller deutschen Nichtmuslime einer Umfrage nach der Meinung, der Islam passe nicht in die westliche Welt. Gleichzeitig erkennen 90% der Muslime in Deutschland die Demokratie als beste aller Regierungsform an.

Viele Europäer scheinen im Zeitalter von islamistischen Terror nicht mehr zwischen Islam und Islamismus unterscheiden zu wollen.

Somit teilen diese Europäer unbewusst die Auffassung der Islamisten, die diesen Unterschied ebenso wenig anerkennen.

Nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des Abendlandes

▶ Ihr Freund und Kollege Peter Scholl-Latour sagte einmal "Ich fürchte nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des

Abendlandes."

Erich Follath: Das ist richtig, dieser Trend wird verstärkt von Pauschalurteilen und Verdächtigungen, womit die notwendige kritische Auseinandersetzung mit dem Islam mancherorts zu einem Amoklauf gegen diese Religion wird. Aber selbst wer im Westen den Islam für den Feind hält, kommt nicht um die Tatsache herum, dass irgendwann Mitte dieses Jahrhunderts der Islam die zahlenmäßig stärkste Religionsgemeinschaft sein wird.

Das wird kein monolithischer Block sein, wie Islamfeinde fürchten und Islamisten erhoffen, sondern, wie heute auch schon, eine Welt der ausgeprägten Verschiedenheit, der Vielfalt der Traditionen und Glaubensformen. Diese islamische Welt steht in diesen Tagen an einem Scheideweg. Der Kampf um die Deutungshoheit zwischen Reformern und Fundamentalisten eskaliert. Dieser Kampf ist bisher noch nicht entschieden.

▶ Der britische Schriftsteller V.S. Naipaul bereiste 1981 die vier größeren nicht arabischen Staaten der islamischen Welt: Iran, Pakistan, Malaysia und Indonesien. In seinem Buch "Among the Believers" veröffentlichte er anschließend einen politischen Reisebericht. Auch Ibn Battuta reiste über die arabische Welt hinaus - wie auch Sie, auf seinen Spuren. Denken Sie, dass sich das Zentrum der islamischen Welt von den arabischen Staaten entfernen wird, aufgrund deren aktueller Wirren und Probleme, hin

nach Indonesien beispielsweise?

Erich Follath: Das ist gut möglich. Indonesien ist das Land mit der größten Bevölkerung in der islamischen Welt. Ich habe dort sehr hoffnungsvolle Ansätze beobachtet, politische Systeme zu entwickeln, die den Bedürfnissen der Bevölkerung nach Freiheit und Sicherheit entgegenkommen, aber auch nach freier Ausübung der Religion. Möglicherweise kommen die Impulse zur Erneuerung und zu Reformen von außerhalb der arabischen Welt. Dort besteht das Hauptproblem darin, dass man häufig der Meinung ist, der Koran dürfe auf keinen Fall interpretiert werden.

In Indonesien finden freie und faire Wahlen statt, eine demokratische Ordnung behauptet sich gegen islamistische Tendenzen.

Indien sei auch erwähnt, wo die Muslime nur eine Minderheit stellen, aber doch weit über 100 Millionen Menschen zählen.

▶ Wäre Ibn Battuta heute eine Zielscheibe von Islamisten und Islamfeinden?

Erich Follath: Mit Sicherheit. Islamfeinde im Westen und Islamisten hätten sowohl seine differenzierte Betrachtungsweise als auch seine Bildung und Weltgewandtheit als Provokation empfunden.

▶ Was ist das Vermächtnis dieses Mannes - und könnte sein Werk heute zum Verständnis zwischen Muslimen und Nichtmuslimen beitragen?

Erich Follath: Ibn Battuta wurde zum Prototyp eines Reisenden, wie er in den darauf folgenden Jahrhunderten immer wieder auftauchte, bis in die heutige Zeit. Er machte einen Pilgerfahrt durch die Welt, inspirierte künftige Globetrotter, brachte seine Leser zum Staunen, seine Feinde zum Schäumen. Noch nicht im Westen (aber doch in der Welt der Muslime) ist er inzwischen zu einem literarischen und historischen Fixstern geworden. Eine Inspiration für Forscher, Reisende, Sinnsuchende. Das ist das wahre Vermächtnis des Ibn Battuta.

Impressum

Ramon Schack

Zeitalter des Zerfalls

Gespräche zu Entwicklungen unserer Epoche

Herausgeber der Reihe: Florian Rötzer

Umschlaggestaltung & Herstellung: Michael Schuberthan

ISBN 978-3-95788-086-4 (V1)

Copyright © 2017 Heise Medien GmbH & Co. KG, Hannover

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.
Die Verwendung der Texte und Abbildungen, auch auszugsweise, ist ohne die schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und daher strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.
Alle Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt kontrolliert. Weder Herausgeber, Autor noch Verlag können jedoch für Schäden haftbar gemacht werden, die in Zusammenhang mit der Verwendung dieses Buches stehen.

Heise Medien GmbH & Co. KG
Karl-Wiechert-Allee 10
30625 Hannover

Weitere Telepolis-eBooks

Hg.: Tomasz Konicz, Florian Rötzer

Der halbe Hegemon



Hg.: Florian Rötzer

DER HALBE HEGEMON

DIE RÜCKKEHR DER "DEUTSCHEN FRAGE"
UND DIE LAGE DER EU

TELEPOLIS

Die Rückkehr der "deutschen Frage" und die Lage der

E

U

m

eh

r

▶

Ku

rt

Gr

its

ch

Ni

e

wi

ed

er

Kr

ie

g

(o

hn

e

un

s)!



Kurt Gritsch

NIE WIEDER KRIEG (OHNE UNS)!

DIE ROLLE VON GRÜNEN, LINKEN UND MEDIEN IM KOSOVO-KRIEG

TELEPOLIS

Die Rolle von Grünen, Linken und Medien im Kosovo-

Krieg **mehr** ▶

Thomas Moser NSU: Die doppelte Ve



rt us ch un g Sc ha up lät ze un d Sc hl üs se lfä lle , of fe ne Fr ag

en
,
Wi
de
rs
pr
üc
hli
ch
es
un
d
Gr
un
ds
ät
zli
ch
es
m
eh
r
▶



Konrad Lehmann

NEUES VOM GEHIRN

ESSAYS ZU ERKENNTNISSEN DER NEUROBIOLOGIE

TELEPOLIS

Konrad Lehmann Neues vom Gehirn Essays zu Erkenntni

ss
en
de
r
N
eu
ro
bi
ol
og
ie

m
eh
r

▶